



Register 1

**Höchstspannungsleitung
Osterath – Philippsburg; Gleichstrom
Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1
BBPIG („Ultranet“)
Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik
(HGÜ)**

**Hier:
Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das Planfeststel-
lungsverfahren für den Abschnitt
Osterath – Rommerskirchen**

Erläuterungsbericht

1. Deckblattänderung

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung.....	4
2. Anlass der 1. Deckblattänderung.....	4
3. Umfang der 1. Deckblattänderung und Beschreibung der Maßnahmen im Einzelnen	6
3.1 Verschiebung Mast Nr. 3, Bl. 4688	6
3.2 Anpassung Schutzstreifen zwischen Mast Nr. 250A – Portal P007 Konverter Meerbusch, Bl. 4588	7
3.3 Anpassung Zuwegung Mast Nr. 239A, Bl. 4588	7
3.4 Anpassung Arbeitsfläche Mast Nr. 1239, Bl. 4588	7
3.5 Verschiebung Mast Nr. 29B, Bl. 4207	8
3.6 Ergänzung Zuwegung Provisorien	8
3.7 Änderung Maßnahme VCEF01	9
3.8 Ergänzung Maßnahme V18	9
4. Auswirkungen der 1. Deckblattänderung.....	10
4.1 Immissionen	10
4.1.1 Verschiebung Mast Nr. 3, Bl. 4688.....	10
4.1.2 Anpassung Schutzstreifen zwischen Mast Nr. 250A – Portal Konverter, Bl. 4588	12
4.1.3 Anpassung Zuwegung Mast Nr. 239A, Bl. 4588	13
4.1.4 Anpassung Arbeitsfläche Mast Nr. 1239, Bl. 4588	14
4.1.5 Verschiebung Mast Nr. 29B, Bl. 4207	15
4.1.6 Ergänzung Zuwegungen Provisorien	16
4.2 Umweltfachliche Beurteilung.....	18
4.2.1 Verschiebung Mast Nr. 3, Bl. 4688.....	18
4.2.2 Anpassung Schutzstreifen zwischen Mast Nr. 250A – Portal Konverter, Bl. 4588	23
4.2.3 Anpassung Zuwegung Mast Nr. 239A, Bl. 4588	27
4.2.4 Anpassung Arbeitsfläche Mast Nr. 1239, Bl. 4588	30
4.2.5 Verschiebung Mast Nr. 29B, Bl. 4207	35
4.2.6 Ergänzung Zuwegungen Provisorien	39
4.2.7 Änderung Maßnahme VCEF01	43
4.2.8 Ergänzung Maßnahme V18.....	45
5. Literaturverzeichnis.....	49

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Maßgebliche Minimierungsorte für den reinen Drehstrombetrieb im Bereich der Bl. 4688 (Auszug aus ursprünglicher Tabelle aus Register 9.1 mit Verweis auf aktualisierte EMF Übersichtskarte)	11
Tabelle 2: Maßgebliche Immissionsorte im Gleichstrombetrieb im Bereich der Bl. 4588 (Auszug aus ursprünglicher Tabelle aus Register 9.1 mit Verweis auf aktualisierte EMF Übersichtskarte)	12
Tabelle 3: Feldimmissionen an den maßgeblichen Immissionsorten für Gleichstromanlagen für den Gleichstrombetrieb (DB1)	12
Tabelle 4: Maßgebliche Immissionsorte im Gleichstrombetrieb im Bereich der Bl. 4207 (Auszug aus ursprünglicher Tabelle aus Register 9.1 mit Verweis auf aktualisierte EMF Übersichtskarte)	15
Tabelle 5: Feldimmissionen an den maßgeblichen Immissionsorten für Gleichstromanlagen für den Gleichstrombetrieb (DB1)	15
Tabelle 6: Übersicht Änderung der Flächeninanspruchnahme an Mast 3 (Bl. 4688), (grau hinterlegt: Zielbiotope von Kompensationsflächen Dritter)	19

Tabelle 7: Übersicht Änderung der Flächeninanspruchnahme im Bereich des Schutzstreifens zwischen Mast 250A – Portal Konverter (Bl. 4588), (grau hinterlegt: Zielbiotope von Kompensationsflächen Dritter)	23
Tabelle 8: Übersicht Änderung der Flächeninanspruchnahme im Bereich der Zuwegung an Mast 239A (Bl. 4588).....	27
Tabelle 9: Übersicht Änderung der Flächeninanspruchnahme an Mast 1239 (Bl. 4588).....	31
Tabelle 10: Übersicht Änderung der Flächeninanspruchnahme an Mast 29B (Bl. 4207).....	36
Tabelle 11: Übersicht Änderung der Flächeninanspruchnahme im Bereich der Zuwegungen zu den Provisorien.....	39

1. Einführung

Die Amprion GmbH hat am 28. September 2021 den Antrag nach § 19 NABEG auf Planfeststellungsbeschluss für die Errichtung und den Betrieb einer ± 380 -kV-Freileitung in Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ) sowie den temporären Drehstrombetrieb in dem ca. 29,5 km langen Abschnitt „Osterath - Rommerskirchen“ des Gesamtvorhabens „Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg; Gleichstrom“ gemäß Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG bei der Bundesnetzagentur als zuständige Planfeststellungsbehörde gestellt.

Am 29. September 2023 legte die Vorhabenträgerin die vollständigen Unterlagen nach § 21 NABEG bei der Bundesnetzagentur vor. Die Auslegung der Unterlagen erfolgte ausschließlich in elektronischer Form durch eine Veröffentlichung im Internet ab dem 20. November 2023. Bis einschließlich zum 19. Januar 2024 konnten Einwendungen gegen den Plan erhoben werden. Auf die Durchführung des Erörterungstermins hat die Bundesnetzagentur gemäß § 22 Abs. 5 in Verbindung mit § 10 Abs. 3 S. 1 NABEG verzichtet.

2. Anlass der 1. Deckblattänderung

Aufgrund der im Rahmen der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung vorgetragenen Stellungnahmen Träger öffentlicher Belange (TÖB) beantragt die Vorhabenträgerin nach Abstimmung mit der Planfeststellungsbehörde eine Änderung des bereits ausgelegten Plans und der Unterlagen (nachfolgend 1. Deckblattänderung) und reagiert damit auf das Ergebnis der Anhörung. Darüber hinaus werden mit der 1. Deckblattänderung auch weitere Anpassungen an der technischen Planung (Kapitel 3.2 bis 3.5) und Ergänzungen von Zuwegungen betreffend die bereits beantragten Provisorien (Kapitel 3.6) beantragt. Auch erfolgen Ergänzungen betreffend Mast 22 der Bl. 4206 im Kreuzungsverzeichnis (Register 8.3.1 DB1) sowie von Mittelspannungskabeln im Lageplan (Register 6.5.1 Blatt 1.1 DB1 und Register 6.5.2 Blatt 1.2 DB1) und im Kreuzungsverzeichnis (Register 8.5.1 DB1). Weiterhin werden Änderungen der ausgelegten Unterlagen zum Landschaftspflegerischen Begleitplan (Kapitel 3.7 und 3.8) beantragt.

Der vorliegende Erläuterungsbericht zur 1. Deckblattänderung ergänzt bzw. ändert den ursprünglichen Erläuterungsbericht (Register 1) der Unterlagen nach § 21 NABEG. Alle hier nicht genannten Inhalte sind nicht Gegenstand der Änderung und gelten in der Form der ursprünglichen Unterlagen nach § 21 NABEG der Amprion GmbH vom 29. September 2023 unverändert fort. Im folgenden Erläuterungsbericht werden zunächst die geänderte Planung sowie die Erforderlichkeit der Inanspruchnahme von privatem Grundeigentum und Ausführungen zur Notwendigkeit der Änderung des Vorhabens beschrieben (vgl. Kapitel 4). Anschließend folgt die Beschreibung wesentlicher Auswirkungen des geänderten Vorhabens wie Immissionen und Auswirkungen auf die Umwelt: Mensch, Natur und Landschaft (vgl. Kapitel 4).

Der Erläuterungsbericht bezweckt, dass Privatpersonen, Naturschutzverbände und Träger öffentlicher Belange unter Einbeziehung der weiteren Planunterlagen Betroffenheiten ihrer Belange bzw. der von ihnen wahrgenommenen Belange erkennen und sich zu der Änderung des Vorhabens äußern können.

Für die Beurteilung naturschutzfachlicher Belange, insbesondere des mit dem Vorhaben verbundenen Eingriffs in Natur und Landschaft, wurde eine gesonderte Unterlage erstellt (vgl. Register 18 DB1). Dabei wurden auch Konkretisierungen der ausgelegten Unterlage vorgenommen, die Berechnung des Ersatzgeldes angepasst und Rekultivierungsmaßnahme V_{R01} gestrichen (vgl. Kapitel 4.2.1.2).

In den geänderten Unterlagen ist die beantragte Trasse in ROT dargestellt. Änderungen an der beantragten Trasse und weitere Anpassungen an der technischen Planung im Rahmen

der 1. Deckblattänderung sind GRÜN dargestellt, während der entfallende ursprüngliche Planungsstand OCKER dargestellt ist. Konkretisierungen der ausgelegten Unterlagen erfolgen in BLAU.

3. Umfang der 1. Deckblattänderung und Beschreibung der Maßnahmen im Einzelnen

Die vorliegende 1. Deckblattänderung umfasst die folgenden Maßnahmen, welche in den nachfolgenden Kapiteln 3.1 bis 3.8 im Einzelnen beschrieben werden:

3.1 Verschiebung Mast Nr. 3, Bl. 4688

3.2 Anpassung Schutzstreifen zwischen Mast Nr. 250A – Portal P007 Konverter Meerbusch, Bl. 4588

3.3 Anpassung Zuwegung Mast Nr. 239A, Bl. 4588

3.4 Anpassung Arbeitsfläche Mast Nr. 1239, Bl. 4588

3.5 Verschiebung Mast Nr. 29B, Bl. 4207

3.6 Ergänzung Zuwegung Provisorien

3.7 Änderung Maßnahme VCEF01

3.8 Ergänzung Maßnahme V18

3.1 Verschiebung Mast Nr. 3, Bl. 4688

Mit der Verschiebung von Mast Nr. 3, Bl. 4688, um 17,1 m in Leitungsachse Richtung Mast Nr. 2, Bl. 4688, reagiert die Vorhabenträgerin auf die Stellungnahme eines TÖB. Der genannte Mast Nr. 3 befindet sich im Nahbereich von unterirdisch verlaufenden Kabeln und stand mit dem bisher beantragten Standort im Konflikt mit deren Betroffenheit. Um die Betroffenheit auszuschließen, wird der ursprünglich geplante Maststandort Nr. 3 entsprechend verschoben. Im Zuge dessen werden auch die zugehörige temporäre Arbeitsfläche um den Mast und die beiden Seilzugflächen verschoben. Die Zuwegung zur Arbeitsfläche wird ebenfalls angepasst. Auch die Lage von Portal P002 Konverter Meerbusch wird entsprechend dem Bestand geändert dargestellt. Hinweis: Sind Portale genannt, sind diese nicht Gegenstand des Antrages. Sie wurden bzw. werden im Rahmen der Genehmigungsverfahren der Umspannanlagen bzw. Konverter zugelassen.

Der Standort von Mast Nr. 3, die zugehörige temporäre Arbeitsfläche um den Mast und die beiden Seilzugflächen verbleiben auf dem bisher beanspruchten Flurstück (Gemarkung Osterath, Flur 14, Flurstück 76). Die Zuwegung zur Arbeitsfläche um den Mast erfolgt ausgehend vom bisher für die Zuwegung beanspruchten Wegesgrundstück Gemarkung Osterath, Flur 14, Flurstück 7 in neuem geänderten Verlauf über das bereits vom Schutzstreifen des beantragten Vorhabens beanspruchte Grundstück Gemarkung Osterath, Flur 14, Flurstück 6, weiter über das bisher für die Zuwegung beanspruchte Wegesgrundstück Gemarkung Osterath, Flur 14, Flurstück 1 und folgend in neuem geänderten Verlauf über das bereits beanspruchte Flurstück Gemarkung Osterath, Flur 14, Flurstück 76. Die Zuwegungen zu den beiden Seilzugflächen erfolgt ausgehend von der Arbeitsfläche um den Mast weiterhin auf dem bereits beanspruchten Flurstück Gemarkung Osterath, Flur 14, Flurstück 76 größtenteils innerhalb des Schutzstreifens. Die Breite des Schutzstreifens bleibt unverändert, die Lage zwischen Mast Nr. 3 und dem Portal P002 (Konverter Meerbusch) wird geringfügig verschwenkt (vgl. Register 6.1.1 DB 1, Blatt 1 und Blatt 1a).

Bei dem genannten Mast handelt es sich unverändert um einen Winkelabspann - Winkelendmast desselben Masttyps. Die Masthöhe bleibt ebenfalls unverändert (vgl. Register 4.1.1 DB1).

Aufgrund der Verschiebung von Mast Nr. 3 ergeben sich auch veränderte Abstände zu weiterer kreuzender Infrastruktur. Die unterirdisch verlaufenden Kabel sind im Kreuzungsverzeichnis ergänzt (vgl. Register 8.1.1 DB1).

3.2 Anpassung Schutzstreifen zwischen Mast Nr. 250A – Portal P007 Konverter Meerbusch, Bl. 4588

Mit der Anpassung des Schutzstreifens zwischen Mast Nr. 250A und dem Portal P007, Bl. 4588, nimmt die Vorhabenträgerin eine Anpassung der technischen Planung vor. Der Schutzstreifen muss aufgrund einer geänderten Lage und Abmessung des Konverterportals P007 in der Lage angepasst werden. Hinweis: Sind Portale genannt, sind diese nicht Gegenstand des Antrages. Sie wurden bzw. werden im Rahmen der Genehmigungsverfahren der Umspannanlagen bzw. Konverter zugelassen.

Der Standort von Mast Nr. 250A bleibt unverändert auf dem bisher beanspruchten Flurstück (Gemarkung Osterath, Flur 14, Flurstück 43). Der Standort von Portal P007 befindet sich nun allein auf dem bisher beanspruchten Flurstück (Gemarkung Osterath, Flur 14, Flurstücke 37). Die Breite des Schutzstreifens bleibt unverändert, die Lage des Schutzstreifens wird geringfügig verschwenkt (vgl. Register 6.2.1 DB 1, Blatt 1.1).

Dadurch ergeben sich geänderte Flächenbetroffenheiten der bisher vom Schutzstreifen beanspruchten Flurstücke (Gemarkung Osterath, Flur 14, Flurstücke 37, 39, 40, 41 und 42 vgl. Register 6.2.1 DB 1, Blatt 1.1 und Register 7.2.1 DB1).

3.3 Anpassung Zuwegung Mast Nr. 239A, Bl. 4588

Mit der Anpassung der Zuwegung zum Mast Nr. 239A, Bl. 4588, nimmt die Vorhabenträgerin eine Anpassung der technischen Planung vor. Die genannte Zuwegung verläuft innerhalb einer Gewerbefläche und stand mit dem bisher beantragten Verlauf im Konflikt mit der Nutzung selbiger. Um die Betroffenheit auszuschließen, wird die ursprünglich geplante Zuwegung zum Mast Nr. 239A entsprechend angepasst.

Sie verläuft nunmehr ausgehend von der Siemensstraße über die Wegesgrundstücke Gemarkung Büttgen, Flur 12, Flurstücke 733, 278, 279, 736, 739 und 103 ehe sie auf Flurstück (Gemarkung Büttgen, Flur 12, Flurstück 666) an der temporären Arbeitsfläche von Mast Nr. 239A, Bl. 4588, endet (vgl. Register 6.2.3 DB 1, Blatt 3.2).

Die temporäre Arbeitsfläche von Mast Nr. 239A, Bl. 4588, verbleibt unverändert auf den bisher beanspruchten Flurstücken.

3.4 Anpassung Arbeitsfläche Mast Nr. 1239, Bl. 4588

Mit der Anpassung der temporären Arbeitsfläche um Mast Nr. 1239, Bl. 4588, reagiert die Vorhabenträgerin auf die Stellungnahme eines TÖB. Die genannte Arbeitsfläche liegt innerhalb einer Gewerbefläche und stand mit der bisher beantragten Abgrenzung im Konflikt mit der Nutzung selbiger. Um die Betroffenheit zu verringern, wird die ursprünglich geplante Arbeitsfläche um den Mast entsprechend angepasst. Der geplante Standort von Mast Nr. 1239 und Masttyp bleiben von der Anpassung der Arbeitsfläche unberührt.

Die temporäre Arbeitsfläche um den Mast erstreckt sich in angepasster Form weiterhin im bestehenden Schutzstreifen der Leitung über die bisher beanspruchten Flurstücke Gemarkung Büttgen, Flur 12, Flurstück 696 sowie Gemarkung Neuss, Flur 43, Flurstück 232 und neu über die im bestehenden Schutzstreifen der Leitung beanspruchten Flurstücke Gemarkung Büttgen, Flur 12, Flurstück 473 und 474 sowie Gemarkung Neuss, Flur 43, Flurstück 234. Die Flurstücke Gemarkung Büttgen, Flur 12, Flurstück 671 sowie Gemarkung Neuss, Flur 43, Flurstück 233 sind hingegen nicht mehr von der Arbeitsfläche betroffen. Die Zuwegung zur Arbeitsfläche erfolgt weiterhin zunächst außerhalb, nachfolgend innerhalb des Schutzstreifens des beanspruchten Flurstücks (Gemarkung Büttgen, Flur 12, Flurstück 696), die Breite des Schutzstreifens bleibt unverändert (vgl. Register 6.2.3 DB 1, Blatt 3.2).

3.5 Verschiebung Mast Nr. 29B, Bl. 4207

Mit der Verschiebung von Mast Nr. 29B, Bl. 4207, um 66 m in Richtung Mast Nr. 29A, Bl. 4207, reagiert die Vorhabenträgerin auf die Anforderungen eines privat direkt betroffenen Grundstückseigentümers. Der genannte Mast Nr. 29B stand mit dem bisher beantragten Standort im Konflikt mit der Bewirtschaftung des Grundstückes (Gemarkung Hüchelhoven, Flur 6, Flurstück 261). Um die Betroffenheit der Erschwerung der Bewirtschaftung des Grundstückseigentümers zu verringern, wird der ursprünglich geplante Maststandort Nr. 29B und die zugehörige temporäre Arbeitsfläche um den Mast auch in Abstimmung mit dem Eigentümer des neu betroffenen Grundstücks (Gemarkung Hüchelhoven, Flur 6, Flurstück 288) entsprechend verschoben.

Der verschobene Standort von Mast Nr. 29B und die zugehörige temporäre Arbeitsfläche um den Mast befinden sich auf dem bisher vom geplanten Schutzstreifen betroffenen Flurstück (Gemarkung Hüchelhoven, Flur 6, Flurstück 288). Die Zuwegung zur Arbeitsfläche erfolgt weiterhin über die Wegeparzelle (Gemarkung Hüchelhoven, Flur 6, Flurstück 260). Die Breite des Schutzstreifens bleibt unverändert, die Lage des Schutzstreifens wird geringfügig auf dem bisher beanspruchten Flurstück verschwenkt sowie eine neue Seilzugfläche am Mast Nr. 29B geplant (vgl. Register 6.5.6 DB1, Blatt 7).

Bei dem genannten Mast handelt es sich unverändert um einen Abspannmast desselben Masttyps. Die Masthöhe bleibt ebenfalls unverändert (vgl. Register 4.5.1 DB1).

Aufgrund der Verschiebung von Mast Nr. 29B und neuerer Informationen zum Verlauf kreuzender Infrastrukturen (einer Richtfunkstrecke) ergeben sich auch veränderte Abstände zu kreuzender Infrastruktur (vgl. Register 8.5.1 DB1).

Geänderte Auswirkungen auf die angrenzende Windenergiezone (FNP der Kreisstadt Bergheim; vgl. Register 24, Kapitel 2.3.2) sind nicht gegeben.

3.6 Ergänzung Zuwegung Provisorien

Mit der Ergänzung der Zuwegung zu den bereits beantragten Provisorien ergänzt die Vorhabenträgerin das beantragte Vorhaben.

Die Zuwegungen verlaufen ausgehend von den bereits für Zuwegungen betreffend den Neubau der Bl. 4688 beanspruchten Wegesgrundstücken Gemarkung Osterath, Flur 14, Flurstück 1 (Ingerweg) und Gemarkung Osterath, Flur 15, Flurstück 12 (Gruttorfer Weg) auf dem bereits für die Provisorien beanspruchten Flurstück Gemarkung Ostertah, Flur 15, Flurstück 6 (vgl. Register 6.6.1 DB1, Blatt 1001 und vgl. Register 6.7.1 DB1, Blatt 1).

3.7 Änderung Maßnahme VCEF01

Mit der Änderung der Maßnahme VCEF01 gemäß Maßnahmenblatt Landschaftspflegerischer Begleitplan (Register 18) nimmt die Vorhabenträgerin eine Anpassung der eingereichten Unterlagen vor.

Die Maßnahme VCEF01 wird in die Maßnahme V17 geändert. Somit können mögliche Konflikte, welche mit der ursprünglich vorgesehenen CEF Maßnahme bestanden hätten, einerseits ausgeschlossen und andererseits artenschutzrechtliche Verbote weiterhin vermieden werden.

Dabei wurde nach erneuter Prüfung der bekannten Sachlage zur Art des Feldhamsters die Anzahl der Masten der Bl. 4207, an denen die Vermeidungsmaßnahme V17 für die Art des Feldhamsters zu ergreifen ist, korrigiert. Bereits im Rahmen des § 19 Antrags auf Planfeststellungsbeschluss und der zugehörigen Planungsraumanalyse für den Abschnitt Osterath – Rommerskirchen wurde das potenzielle Vorkommensgebiet des Feldhamsters auf den Bereich südlich der Knechtstedener Straße bei Anstel bis zur Umspannanlage Rommerskirchen festgelegt (Masten 9 bis 29, 29A und 29B der Bl. 4207). Die Verkehrsstraße wurde als natürliche Barriere für die nördliche Verbreitung der Art eingestuft und nur die südlich liegende Agrarlandschaft als geeignetes Habitat und Raum der Feldhamster-Stützungsansiedlung bewertet.

3.8 Ergänzung Maßnahme V18

Mit der Ergänzung der Maßnahme V18 in Anhang B des Landschaftspflegerischen Begleitplans (Register 18) nimmt die Vorhabenträgerin eine Anpassung der eingereichten Unterlagen vor.

Die Schmetterlingsart Nachtkerzen-Schwärmer (FFH-Anh. IV) war zum Zeitpunkt der Erstellung der Planfeststellungsunterlagen nicht als planungsrelevante Art innerhalb des Untersuchungsgebietes gelistet. Auch die Datenrecherche ergab keine Hinweise auf ein Vorkommen dieser Art im Untersuchungsgebiet. Da der Nachtkerzen-Schwärmer gemäß der aktuellen Datenlage auf dem Messtischblatt (MTB) 4806-1 und MTB 4705-4 (Stand Juni 2024 LANUV) als planungsrelevante Art hinzugekommen ist und ein Vorkommen der Art innerhalb der Eingriffsbereiche nicht auszuschließen ist, wird vorsorglich mit der 1. Deckblattänderung das Maßnahmenblatt V18 „Vermeidung einer potenziellen Beeinträchtigung des Nachtkerzen-Schwärmers“ erstellt (Register 18, Anhang B). Die Maßnahme wird zudem im Bauzeitenplan (Register 18, Anhang D) ergänzt und die Karte 1 „Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen“ (Register 18, Anhang A) wird im Rahmen der 1. Deckblattänderung entsprechend angepasst.

4. Auswirkungen der 1. Deckblattänderung

Im Folgenden werden die Auswirkungen der 1. Deckblattänderung auf Immissionen, die Schutzgüter gem. UVPG und bei Bedarf Aspekte des Artenschutzes, Denkmalschutzes, Natura 2000 sowie Forst- und Landwirtschaft betrachtet.

4.1 Immissionen

Die in Register 9 der Unterlagen nach §21 NABEG vom 29. September 2023 (im Folgenden „Register 9“) getroffenen grundsätzlichen Aussagen zu Immissionen und zur Immissionsbetrachtung haben weiterhin Bestand. Dies betrifft insbesondere die Auswahl der Immissions- und Minimierungsorte (Register 9, Kapitel 3.2 und Kapitel 3.3), die Aussagen zur Grenzwerteinhaltung (Register 9, Kapitel 4.1), zum Überspannungsverbot und der Vermeidung erheblicher Belästigungen oder Schäden (Register 9, Kapitel 4.2) und die Prüfung des Minimierungsgebots (Register 9, Kapitel 4.3). Die durch die 1. Deckblattänderung entstehenden Veränderungen sind je Einzelmaßnahme in den Kapiteln 4.1.1 bis 4.1.6 dargestellt. Die durch die 1. Deckblattänderung betroffenen EMF-Karten (Register 9.3 DB1) sowie die betroffenen Nachweise (Register 9.2 DB1) sind ebenfalls dem Deckblatt angehängen. Die „Geräuschprognose zu Schallemissionen und -immissionen des geplanten Vorhabens „Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg; Gleichstrom“ (Ultranet) Abschnitt: Osterath – Rommerskirchen Gutachten Nr. T 4485“ des TÜV Hessen GmbH (Register 10 der Unterlagen nach §21 NABEG vom 29. September 2023) hat ebenfalls grundsätzlich weiterhin Bestand. Der Gutachter TÜV Hessen GmbH hat die Auswirkungen der 1. Deckblattänderung geprüft und in einer ergänzenden Stellungnahme Nr. T 4485-1 (Register 10 DB1) beurteilt. Die Aussagen in den Kapiteln 4.1.1 bis 4.1.6 sind dieser Stellungnahme entnommen. Die „Prognose der zu erwartenden Geräuschimmissionen nach AVV Baulärm in der Nachbarschaft während der Baumaßnahmen für das Vorhaben Ultranet Abschnitt C1 „Osterath – Rommerskirchen“, Gutachten Nr. T 4503-2“ des TÜV Hessen GmbH (Register 11 der Unterlagen nach §21 NABEG vom 29. September 2023) hat ebenfalls grundsätzlich weiterhin Bestand. Der Gutachter TÜV Hessen GmbH hat die Auswirkungen der Planänderung geprüft und in einer ergänzenden Stellungnahme Nr. T 4503-3 (Register 11 DB1) beurteilt. Die Aussagen in den Kapiteln 4.1.1 bis 4.1.6 sind dieser Stellungnahme entnommen.

4.1.1 Verschiebung Mast Nr. 3, Bl. 4688

4.1.1.1 EMF

Von der Mastverschiebung betroffen sind die Spannungsfelder von Mast 2 zu Mast 3 und von Mast 3 zu Portal P002 der Bl. 4688.

Vorgaben der 26. BImSchV

Die betroffenen Spannungsfelder sind Teil der Anbindungsleitung zwischen dem Konverter Osterath und dem Netzverknüpfungspunkt. Diese Leitung wird als reine Drehstromleitung betrieben. Immissionsorte für den Gleichstrombetrieb können also nicht vorliegen. In diesen Spannungsfeldern befinden sich keine maßgeblichen Immissionsorte für den Drehstrombetrieb (vgl. Kap. 3.2.1 Register 9.1).

Vorgaben der 26. BImSchVVwV

Die betroffenen Spannungsfelder sind Teil der Anbindungsleitung zwischen dem Konverter Osterath und dem Netzverknüpfungspunkt. Diese Leitung wird als reine Drehstromleitung betrieben. Minimierungsorte für den Gleichstrombetrieb können also nicht vorliegen. In den betroffenen Spannungsfeldern befinden sich die folgenden maßgeblichen Minimierungsorte, Lfd. Nr. 1 und 2 für den Drehstrombetrieb (s. Tabelle 14, Register 9.1). In der nachfolgenden Tabelle 1 sind die durch die Maßnahme betroffenen Minimierungsorte analog ihrer Beschreibung in Register 9.1 aufgeführt.

Lfd. Nr.	Minimierungsort	Nutzungsart	Spannfeld	EMF Übersichtskarte
1	Osterath Flur 15 Zähler 365, 50, 467, 194, 19, 193, 369, 368, 367	Wohnen mit Garten	P001 / Bl.4688 zu M 1 / Bl.4688	Register 9.3.2 Blatt 1 DB1
2	Osterath Flur 15 Zähler 364, 320	Wohnen mit Garten	M 1 / Bl.4688 zu M 2 / Bl.4688	Register 9.3.2 Blatt 1 DB1

Tabelle 1: Maßgebliche Minimierungsorte für den reinen Drehstrombetrieb im Bereich der Bl. 4688 (Auszug aus ursprünglicher Tabelle aus Register 9.1 mit Verweis auf aktualisierte EMF Übersichtskarte)

In Register 9 wurden für den Abschnitt, in dem diese Maßnahme liegt, die Minimierungsmaßnahmen „Optimieren der Mastkopfgeometrie“, „Minimieren der Seilabstände“, „Optimieren der Leiteranordnung“, „Abstandsoptimierung“ und „Elektrische Schirmung“ für den Drehstrombetrieb identifiziert. Die in Register 9.1 Kapitel 4.3.3.1 getätigten Aussagen hinsichtlich der Optimierung der Mastkopfgeometrie haben weiterhin Bestand, die gewählte Mastkopfgeometrie ist weiterhin vorzugswürdig. Dies gilt ebenso für die Bewertung zur Minimierung der Seilabstände. Bezüglich der Bewertung der Abstandsoptimierung ergeben sich bei Abwägung der Verhältnismäßigkeit, über die bereits berücksichtigte Abstandsoptimierung hinaus, keine neuen Aspekte, so dass die ursprünglich getätigte Bewertung weiterhin Bestand hat. Dies gilt gleichermaßen auch für die Bewertung der elektrischen Schirmung. Auch bei der Beurteilung der Optimierung der Leiteranordnung hat die bisherige Aussage weiterhin Richtigkeit. Es wurde geprüft, ob durch die Mastverschiebung von Mast 3 eine der gewählten Minimierungsmaßnahmen an einem anderen maßgeblichen Minimierungsort zu einer unzulässigen Erhöhung der Immissionen führt. Dies ist weiterhin nicht der Fall.

EMF Nachweise

In den betroffenen Spannfeldern liegen keine Nachweisorte. Durch die Mastverschiebung wären keine anderen Nachweisorte gewählt worden.

4.1.1.2 Geräusche

Die Änderung umfasst eine Verschiebung des Mast Nr. 3 der Bl. 4688 um 17,1 m in Leitungsachse in Richtung Mast Nr. 2 der Bl. 4688. Im näheren Umfeld dieser Änderung befinden sich keine Wohngebäude bzw. keine maßgeblichen Immissionsorte gemäß TA Lärm. Die nächste Wohnbebauung liegt nordnordwestlich in mehr als 550 m Entfernung zu dem geänderten Mast Nr. 3. Aufgrund der großen Entfernungen sind hier sehr niedrige Beurteilungspegel von < 25 dB(A) durch die Freileitung Bl. 4688 zu erwarten. Diese Änderung hat daher mangels zu berücksichtigender Immissionsorte im Einwirkungsbereich der Anlage (im Bereich der Änderung) keine Relevanz hinsichtlich der Beurteilung der zu erwartenden Geräuschbelastung gemäß TA Lärm durch das Planvorhaben nach Inbetriebnahme, weshalb schalltechnische Auswirkungen vorliegend nicht näher beschrieben bzw. untersucht werden.

4.1.1.3 Baulärm

Gutachten

Der geplante Mast 3 der Bl.4688 befindet sich im Bereich der Umspannanlage Osterath. Der Standort dieses Mastes wird um 17,1 Meter in Leitungsachse Richtung Mast Nr. 2 verschoben und die Zuwegung angepasst. Der Masttyp sowie alle Arbeiten im Zusammenhang mit der Errichtung bleiben identisch. Damit rückt der Rand der Baustelle dem hier maßgeblichen Immissionsort IO1C (Ingerweg 104, 40670 Meerbusch) um rund 20 Meter näher. Da der Abstand aber weiterhin über 500 m beträgt, hat die Mastverschiebung keinerlei Auswirkung auf die

berechneten Beurteilungspegel an IO1C. Dies gilt genauso für den Immissionsort IO1B, der sich in rund 650 m Entfernung befindet.

Handlungskonzept

Da sich an den Werten, am Ergebnis und am Fazit des Baulärm-Gutachtens aufgrund der Irrelevanz nichts ändert gibt es keine Veranlassung Änderungen am Handlungskonzept vorzunehmen.

4.1.2 Anpassung Schutzstreifen zwischen Mast Nr. 250A – Portal Konverter, Bl. 4588

4.1.2.1 EMF

Von der Mastverschiebung betroffen ist das Spannungsfeld von Mast 250A zum Portal P007 des Konverters, Bl. 4588.

Vorgaben der 26. BImSchV

In diesem Spannungsfeld befindet sich der folgende maßgebliche Immissionsort, Lfd. Nr. 1 für den Gleichstrombetrieb (s. Tabelle 5 und 25, Register 9.1). Das betroffene Spannungsfeld ist Teil der Konverteranbindung. Dieser Leitungsabschnitt wird als reine Gleichstromleitung betrieben. Immissionsorte für die Umschaltoption können also nicht vorliegen. In der nachfolgenden Tabelle 2 sind die durch die Maßnahme betroffenen Immissionsorte analog ihrer Beschreibung in Register 9.1 aufgeführt.

Lfd. Nr.	Immissionsort	Nutzungsart	Spannungsfeld	EMF Über- sichtskarte
1	Osterath Flur 14	Ackerfläche, Feldwege	P007 / Bl.4588 zu M250A / Bl.4588	Register 9.3.1 Blatt 1 DB1

Tabelle 2: Maßgebliche Immissionsorte im Gleichstrombetrieb im Bereich der Bl. 4588 (Auszug aus ursprünglicher Tabelle aus Register 9.1 mit Verweis auf aktualisierte EMF Übersichtskarte)

Die folgende Tabelle 3 zeigt die sich unter Berücksichtigung der Maßnahme ergebenden Immissionswerte an den relevanten Immissionsorten.

Lfd. Nr.	Maßgeblicher Im- missionsort	Magnetisches Feld (0 Hz)		Register
		Flussdichte	Grenzwertauslastung	
1	Osterath Flur 14	52 µT (B)	10,4 %	Register 9.3.1 Blatt 1 DB1

Tabelle 3: Feldimmissionen an den maßgeblichen Immissionsorten für Gleichstromanlagen für den Gleichstrombetrieb (DB1)

Im Gleichstrombetrieb beträgt der maximal prognostizierte Wert für die magnetische Flussdichte des Gleichfeldes in der Unterlage vom 29. September 2023 52 µT an Immissionsort Lfd. Nr. 79 (vgl. Reg. 9.1 Tabelle 25). Durch die Deckblattänderung ändert sich dieser Wert nicht, er tritt nun jedoch ebenfalls an Immissionsort Lfd. Nr. 1 auf. Dieser prognostizierte Wert liegt deutlich unterhalb der Grenzwertvorgaben der 26. BImSchV von 500 µT.

Vorgaben der 26. BImSchVVwV

In dem betroffenen Spannungsfeld befinden sich keine maßgeblichen Minimierungsorte. Somit gibt es auch keine Auswirkungen auf die Bewertung des Minimierungspotentials aus Register 9.1 Kap. 4.3.3.2. Die dort getätigten Aussagen haben weiterhin Bestand.

EMF Nachweise

In dem betroffenen Spannungsfeld liegt der Nachweisort für das maximale magnetische Gleichfeld des Teilabschnitts „Osterath – Pkt. Bauerbahn“ (Bl. 4588) Osterath, Flur 14. Durch die Mastverschiebung ändern sich die Feldwerte, es wäre jedoch keine anderen Nachweisorte gewählt worden. Der angepasste Nachweis findet sich in Register 9.2.1 DB1.

4.1.2.2 Geräusche

Die Änderung umfasst eine Anpassung des Schutzstreifens zwischen Mast Nr. 250A und dem Portal P007 der Bl. 4588 aufgrund einer geänderten Lage des Portals P007. Im näheren Umfeld dieser Änderung befinden sich keine Wohngebäude bzw. keine maßgeblichen Immissionsorte gemäß TA Lärm. Die nächste Wohnbebauung liegt südwestlich in mehr als 500 m Entfernung zu Mast Nr. 250A. Aufgrund der großen Entfernungen sind hier sehr niedrige Beurteilungspegel von < 25 dB(A) durch die Freileitung Bl. 4588 zu erwarten. Diese Änderung hat daher mangels zu berücksichtigender Immissionsorte im Einwirkungsbereich der Anlage (im Bereich der Änderung) keine Relevanz hinsichtlich der Beurteilung der zu erwartenden Geräuschbelastung gemäß TA Lärm durch das Planvorhaben nach Inbetriebnahme, weshalb schalltechnische Auswirkungen vorliegend nicht näher beschrieben bzw. untersucht werden.

4.1.2.3 Baulärm

Gutachten

Die Anpassung des Schutzstreifens hat keine Auswirkungen auf die Bauvorgänge. Somit wirkt sie sich auch nicht auf die Beurteilungspegel an den Immissionsorten im Umfeld des Maßnahmen (IO1, Hardt 26A, 47877 Willich) aus.

Handlungskonzept

Da sich an den Werten, am Ergebnis und am Fazit des Baulärm-Gutachtens aufgrund der Irrelevanz nichts ändert gibt es keine Veranlassung Änderungen am Handlungskonzept vorzunehmen.

4.1.3 Anpassung Zuwegung Mast Nr. 239A, Bl. 4588

4.1.3.1 EMF

Vorgaben der 26. BImSchV

Eine Änderung der Zuwegung hat keine Auswirkungen auf die elektrischen und magnetischen Felder.

Vorgaben der 26. BImSchVVwV

Keine Prüfung notwendig.

EMF Nachweise

Keine Veränderungen durch die Maßnahme.

4.1.3.2 Geräusche

Die Anpassung der Zuwegung zu Mast Nr. 239A der Bl. 4588 bezieht sich auf die Bauphase des Planvorhabens. Diese Änderung hat keine Relevanz hinsichtlich der Beurteilung der zu erwartenden Geräuschbelastung gemäß TA Lärm durch das Planvorhaben nach Inbetriebnahme und wird daher vorliegend nicht näher beschrieben bzw. untersucht.

4.1.3.3 Baulärm

Gutachten

Im Bereich des Mastes Nr. 239A, Bl. 4588 betrifft die geplante Änderung nur eine geringfügige Veränderung der Zuwegung. Solche Anpassungen haben keine Auswirkungen auf die berechneten Beurteilungspegel. Die nächstgelegenen Immissionsorte IO19 (Neersener Str. 2, 41564 Kaarst) und IO21, (Viersener Str. 104B, 41462 Neuss) befinden sich zudem erst in rund 300 m Entfernung, so dass Änderungen der Geometrie im Bereich der Baustelle bzw. Zuwegung keine Auswirkungen auf die Geräuscheinwirkungen an den Immissionsorten haben.

Handlungskonzept

Da sich an den Werten, am Ergebnis und am Fazit des Baulärm-Gutachtens aufgrund der Irrelevanz nichts ändert gibt es keine Veranlassung Änderungen am Handlungskonzept vorzunehmen.

4.1.4 Anpassung Arbeitsfläche Mast Nr. 1239, Bl. 4588

4.1.4.1 EMF

Vorgaben der 26. BImSchV

Eine Änderung der Arbeitsflächen hat keine Auswirkungen auf die elektrischen und magnetischen Felder.

Vorgaben der 26. BImSchVVwV

Keine Prüfung notwendig.

EMF Nachweise

Keine Veränderungen durch die Maßnahme.

4.1.4.2 Geräusche

Die Anpassung der temporären Arbeitsfläche um Mast Nr. 1239 der Bl. 4588 bezieht sich auf die Bauphase des Planvorhabens. Diese Änderung hat keine Relevanz hinsichtlich der Beurteilung der zu erwartenden Geräuschbelastung gemäß TA Lärm durch das Planvorhaben nach Inbetriebnahme und wird daher vorliegend nicht näher beschrieben bzw. untersucht.

4.1.4.3 Baulärm

Gutachten

Im Bereich des Mastes 1239 der Trasse 4588 betrifft die geplante Änderung nur eine geringfügige Veränderung der temporären Arbeitsflächen mit einer Verschiebung innerhalb des Schutzstreifens um einige Meter nach Süden. Der geplante Standort von Mast 1239 sowie der Masttyp bleiben unverändert. Die berücksichtigten Vorgänge bleiben ebenfalls gleich und verschieben sich nur räumlich etwas. Die nächstgelegenen Immissionsorte IO23 (Holzbüttgener Weg 23, 41462 Neuss) und IO21 (Viersener Str. 104B, 41462 Neuss) sind rund 250 bzw. 350 m von der Baustelle entfernt. Die Änderung der Arbeitsfläche hat keinerlei Auswirkung auf die berechneten Beurteilungspegel an diesen Immissionsorten.

Handlungskonzept

Da sich an den Werten, am Ergebnis und am Fazit des Baulärm-Gutachtens aufgrund der Irrelevanz nichts ändert gibt es keine Veranlassung Änderungen am Handlungskonzept vorzunehmen.

4.1.5 Verschiebung Mast Nr. 29B, Bl. 4207

4.1.5.1 EMF

Von der Mastverschiebung betroffen sind die Spannungsfelder von Mast 29 zu Mast 29A sowie von Mast 29A zu Mast 29B der Bl. 4207.

Vorgaben der 26. BImSchV

In diesem Spannungsfeld befinden sich die folgenden maßgeblichen Immissionsorte, Lfd. Nr. 80 und 81 für den Gleichstrombetrieb (s. Tabelle 13 und 25, Register 9.1). Das betroffene Spannungsfeld ist Teil der Umgehung der Umspannanlage Rommerskirchen. In diesen Spannungsfeldern befinden sich keine maßgeblichen Immissionsorte für den Drehstrombetrieb (vgl. Kap. 3.2.1 Register 9.1). In der nachfolgenden Tabelle 4 sind die durch die Maßnahme betroffenen Immissionsorte analog ihrer Beschreibung in Register 9.1 aufgeführt.

Lfd. Nr.	Immissionsort	Nutzungsart	Spannungsfeld	EMF Übersichtskarte
80	Hüchelhoven Flur 6	Ackerfläche	M 29 / Bl.4207 zu M 29A / Bl.4207	Register 9.3.1 Blatt 11 DB1
81	Hüchelhoven Flur 6	Ackerfläche	M 29A / Bl.4207 zu M 29B / Bl.4207	Register 9.3.1 Blatt 11 DB1

Tabelle 4: Maßgebliche Immissionsorte im Gleichstrombetrieb im Bereich der Bl. 4207 (Auszug aus ursprünglicher Tabelle aus Register 9.1 mit Verweis auf aktualisierte EMF Übersichtskarte)

Die folgende Tabelle 5 zeigt die sich unter Berücksichtigung der Maßnahme ergebenden Immissionswerte an den relevanten Immissionsorten. Die Werte sind unverändert im Vergleich zur Planung mit dem vorherigen Maststandort.

Lfd. Nr.	Maßgeblicher Immissionsort	Magnetisches Feld (0 Hz)		Register
		Flussdichte	Grenzwertauslastung	
80	Hüchelhoven Flur 6	12 µT (M+/M-)	2,4 %	Register 9.3.1 Blatt 11 DB1
81	Hüchelhoven Flur 6	6 µT (B)	1,2 %	Register 9.3.1 Blatt 11 DB1

Tabelle 5: Feldimmissionen an den maßgeblichen Immissionsorten für Gleichstromanlagen für den Gleichstrombetrieb (DB1)

Die zeichnerische Darstellung von Blatt 11 des Registers 9.3.2 wurde im Zuge der 1. Deckblattänderung korrigiert. Es ergeben sich durch die Änderung der zeichnerischen Darstellung (Bewertungs- und Einwirkungsbereich) keine neuen oder geänderten Immissions- oder Minimierungsorte.

Vorgaben der 26. BImSchVVwV

In den betroffenen Spannungsfeldern befinden sich keine maßgeblichen Minimierungsorte. Somit gibt es auch keine Auswirkungen auf die Bewertung des Minimierungspotentials aus Register 9.1 Kap. 4.3.3.6. Die dort getätigten Aussagen haben weiterhin Bestand.

EMF Nachweise

In den betroffenen Spannungsfeldern liegen keine Nachweisorte. Durch die Mastverschiebung wären keine anderen Nachweisorte gewählt worden.

4.1.5.2 Geräusche

Die Änderung umfasst eine Verschiebung von Mast Nr. 29B der Bl. 4207 um 66 m in Richtung Mast Nr. 29A der Bl. 4207. Im näheren Umfeld dieser Änderung befinden sich keine Wohngebäude bzw. keine maßgeblichen Immissionsorte gemäß TA Lärm. Die nächste Wohnbebauung liegt westlich in mehr als 850 m Entfernung zu dem geänderten Mast Nr. 29B. Aufgrund der großen Entfernungen sind hier sehr niedrige Beurteilungspegel von < 25 dB(A) durch die Freileitung Bl. 4207 zu erwarten.

Diese Änderung hat daher mangels zu berücksichtigender Immissionsorte im Einwirkungsreich der Anlage (im Bereich der Änderung) keine Relevanz hinsichtlich der Beurteilung der zu erwartenden Geräuschbelastung gemäß TA Lärm durch das Planvorhaben nach Inbetriebnahme, weshalb schalltechnische Auswirkungen vorliegend nicht näher beschrieben bzw. untersucht werden.

4.1.5.3 Baulärm

Gutachten

Der geplante Mast 4207/29B befindet sich im Bereich der Umspannanlage Rommerskirchen. Der Standort dieses Mastes wird um rund 66 m in Richtung Mast 29 A verschoben. Der Masttyp sowie alle Arbeiten im Zusammenhang mit der Errichtung bleiben identisch. Der Abstand der Baustelle zum hier maßgeblichen Immissionsort IO76 (Am Schaltwerk 3, 50129 Bergheim) ändert sich dabei nur um rund 10 m. Da der Abstand bereits deutlich über 900 m beträgt, hat die Mastverschiebung keinerlei Auswirkung auf die berechneten Beurteilungspegel an IO76. Dies gilt ebenso für die weitere Wohnbebauung im Osten und Westen.

Handlungskonzept

Da sich an den Werten, am Ergebnis und am Fazit des Baulärm-Gutachtens aufgrund der Irrelevanz nichts ändert gibt es keine Veranlassung Änderungen am Handlungskonzept vorzunehmen.

4.1.6 Ergänzung Zuwegungen Provisorien

4.1.6.1 EMF

Vorgaben der 26. BImSchV

Eine Änderung der Zuwegung hat keine Auswirkungen auf die elektrischen und magnetischen Felder.

Vorgaben der 26. BImSchVVwV

Keine Prüfung notwendig.

EMF Nachweise

Keine Veränderungen durch die Maßnahme.

4.1.6.2 Geräusche

Die Anpassung der Zuwegung zu den Provisorien bezieht sich auf die Bauphase des Planvorhabens. Diese Änderung hat keine Relevanz hinsichtlich der Beurteilung der zu erwartenden Geräuschbelastung gemäß TA Lärm nach Inbetriebnahme und wird daher vorliegend nicht näher beschrieben bzw. untersucht.

4.1.6.3 Baulärm

Gutachten

Im Bereich der Provisorien wird die Zuwegung ergänzt. Solche Anpassungen haben keine Auswirkungen auf die berechneten Beurteilungspegel. Die nächstgelegenen Immissionsorte im Umfeld (IO1C) befinden sich zudem erst in rund 400m Entfernung, so dass Änderungen der Geometrie im Bereich der Baustelle/Zuwegung keine Auswirkungen auf die Geräuscheinwirkungen am Immissionsort haben.

Handlungskonzept

Da sich an den Werten, am Ergebnis und am Fazit des Baulärm-Gutachtens aufgrund der Irrelevanz nichts ändert gibt es keine Veranlassung Änderungen am Handlungskonzept vorzunehmen.

4.2 Umweltfachliche Beurteilung

Die 1. Deckblattänderung umfasst Änderungen an bauzeitlichen Flächen und Anpassungen an dauerhaften Bestandteilen des Vorhabens. Die bau-, anlage- und betriebsbedingten Wirkfaktoren sind Register 17, Tabelle 3.5-1 der Unterlagen gemäß § 21 NABEG zu entnehmen. Die 1. Deckblattänderung bringt keine neu hinzutretenden Wirkfaktoren mit sich, sodass ein Eintreten anderer erheblicher Umweltauswirkungen generell ausgeschlossen werden kann. Durch die Anpassungen der 1. Deckblattänderung kommt es potentiell zu zusätzlichen Umweltauswirkungen. Dahingehend werden die Anpassungen der 1. Deckblattänderung im Hinblick auf die Schutzgüter des UVPG (Umweltbericht) beurteilt. Für die Deckblattänderungsbereiche erfolgt eine Anpassung der kartografischen Darstellungen der Karten in Anhang A des UVP-Berichts (Register 17). Ergänzend werden die Anpassungen der 1. Deckblattänderung unter Aspekten des Artenschutzes, von Natura 2000 und von Forst- und Landwirtschaft sowie bei Vorliegen einer potenziellen Betroffenheit unter Aspekten des Denkmalschutzes betrachtet. Soweit die Karten der Register 20 (Natura 2000 Vorprüfung), 22 (Denkmalschutzrechtliche Belange) und 23 (Forstrechtliche Belange) Änderungsbereiche/-inhalte der 1. Deckblattänderung darstellen, wurden diese ebenfalls angepasst und sind entsprechend Gegenstand der 1. Deckblattänderung. Eine naturschutzfachliche Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung der Eingriffe erfolgt im Rahmen des LBP (Register 18 DB1).

4.2.1 Verschiebung Mast Nr. 3, Bl. 4688

Der Mast Nr. 3, Bl. 4688 wird um 17,1 m in Leitungssachse Richtung Mast Nr. 2, Bl. 4688 verschoben, welches mit einer Anpassung des Schutzstreifens einher geht. Die Lage der zugehörigen temporären Arbeitsfläche, der Seilzugflächen sowie der temporären Zuwegung wird dementsprechend angepasst (vgl. Register 6.1.1 DB 1, Blatt 1 und Blatt 1a). In Bezug auf die temporäre Flächeninanspruchnahme stellt sich die 1. Deckblattänderung in diesem Änderungsbereich günstiger dar als die ursprüngliche Planung. Bei der dauerhaften Flächeninanspruchnahme ergibt sich hinsichtlich der Flächengröße hingegen kein Unterschied.

**Tabelle 6: Übersicht Änderung der Flächeninanspruchnahme an Mast 3 (Bl. 4688),
(grau hinterlegt: Zielbiotope von Kompensationsflächen Dritter)**

Fläche	BTT Code	Biotoptyp	ursprüngliche Planung [m²]	aktuelle Planung [m²]	Differenz [m²]
Arbeitsfläche	34.07a.01	Artenreiches Grünland frischer Standorte: Artenreiche, frische Mähwiese	3.519	4.282	763
	41.02.02M	Feldgehölz frischer Standorte mit überwiegend autochthonen Arten, mittlere Ausprägung	45	0	-45
	41.03.03A	Hecken mit überwiegend autochthonen Arten: Sonstige Hecken mit Überhältern alter Ausprägung	414	350	-64
	41.05aM	Einzelbäume, Baumreihen und Baumgruppen aus überwiegend autochthonen Arten - Mittlere Ausprägung	477	0	-477
	52.01.01a	Versiegelter oder sonstiger gepflasterter Verkehrs- und Betriebsweg	244	0	-244
Temporäre Zuwegung	34.07a.01	Artenreiches Grünland frischer Standorte: Artenreiche, frische Mähwiese	375	107	-268
Mastgeviert	34.07a.01	Artenreiches Grünland frischer Standorte: Artenreiche, frische Mähwiese	83	100	17
	52.01.01a	Versiegelter oder sonstiger gepflasterter Verkehrs- und Betriebsweg	17	0	-17
Summe			5.174	4.839	-335

4.2.1.1 Schutzgut Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit

Der Änderungsbereich weist Siedlungsabstände von über 690 m auf und befindet sich im Bereich landwirtschaftlich genutzter Flächen in unmittelbarer Nähe des Konverters Meerbusch. Der Standort des Mastes Nr. 3 der Bl. 4688 rückt durch die Änderung der technischen Planung um ca. 20 m näher an den Immissionsort IO1C (vgl. Register 11 - Baulärm) heran. Die geringfügige Anpassung des Standortes des Mastes Nr. 3 der Bl. 4688 sowie der Anpassung der erforderlichen Arbeitsflächen und deren Zuwegung führt zu keiner relevanten Änderung an den Immissionsorten (vgl. Kapitel 4.1.1). Folglich sind durch die Anpassung keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i.S. des UVPG zu erwarten.

4.2.1.2 Schutzgut Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt

Der Änderungsbereich liegt in keinem Schutzgebiet und betrifft keine weiteren geschützten Teile von Natur und Landschaft.

Sowohl wegfallender als auch der neue Maststandort liegen auf als intensiv genutztes, frisches Dauergrünland kartierten Flächen (34.08a.01) (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.2.1 DB1 Blatt 1). Die temporäre Flächeninanspruchnahme verringert sich aufgrund der Änderung insgesamt um ca. 335 m², in Bezug auf die temporäre Flächeninanspruchnahme stellt sich die 1. Deckblattänderung in diesem Änderungsbereich daher günstiger dar als die ursprüngliche Planung.

Es sind daher insgesamt keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderung zu erwarten.

Im Landschaftspflegerischen Begleitplan (Register 18) sind anstatt des kartierten Biotoptyps die im Änderungsbereich ausgewiesenen, noch nicht umgesetzten Kompensationsmaßnahmen Dritter zu berücksichtigen. Innerhalb der Eingriffsbilanzierung (Anhang C von Register 18) wird der jeweilige Zielbiotoptyp der betroffenen Fläche bilanziert (vgl. auch Übersicht Flächenstatistik in Kap. 4.2.1). Wegfallender als auch neuer Maststandort liegen auf einer geplanten Kompensationsfläche Dritter (Zielbiotop 34.07a.01 Artenreiche, frische Mähwiese). Ebenfalls befinden sich die wegfallenden und neuen Arbeitsflächen (Arbeitsfläche am Mast und Seilzugflächen) sowie die wegfallenden und neuen temporären Zuwegungen im Bereich von geplanten Kompensationsflächen Dritter (Zielbiotoptyp 34.07a.01 Artenreiche, frische Mähwiese, Zielbiotoptyp 41.03.03A Hecken mit überwiegend autochthonen Arten: Sonstige Hecken mit Überhältern alter Ausprägung). Durch die Verschiebung einer Seilzugfläche wird die Beanspruchung eines „Feldgehölzes frischer Standorte mit überwiegend autochthonen Arten mittlerer Ausprägung“ (Zielbiotoptyp 41.02.02M) vermieden. Da es sich hierbei um den einzigen Bereich handelt, der den Konflikt Bio 4 „Verlust von Waldbiotopen durch temporäre Flächeninanspruchnahme“ auslöst, kann die zugehörige Rekultivierungsmaßnahme V_R01 „Rekultivierung und Biotopwiederherstellung von bauzeitlich in Anspruch genommenem Wald“ als Maßnahme in den Unterlagen gänzlich entfallen. Über die Anpassung der Arbeitsfläche am Mast 3 wird eine Beanspruchung einer „Baumreihe aus überwiegend autochthonen Arten mittlerer Ausprägung“ (Zielbiotoptyp 41.05aM) vermieden sowie über die Lageverschiebung einer Seilzugfläche eine Beanspruchung einer Magerwiese (Zielbiotoptyp 34.07a.01 Artenreiche, frische Mähwiese mit 20 Wertpunkten pro m²), welche alle ebenfalls geplante und noch nicht umgesetzte Kompensationsmaßnahmen Dritter darstellen. Im Bereich der temporären Flächeninanspruchnahme können die genannten Biotoptypen der geplanten und derzeit noch nicht umgesetzten Kompensationsmaßnahmen Dritter rekultiviert und damit, mit Ausnahme der beanspruchten Hecken, wieder in ihren Ausgangszustand zurück versetzt werden. Der Kompensationsbedarf für die nicht vermeidbaren erheblichen Beeinträchtigungen für den hier betrachteten Deckblattänderungsbereich wird im Rahmen des Landschaftspflegerischen Begleitplans (siehe Reg. 18, LBP DB1) neu berechnet.

Im Hinblick auf die übrigen schutzgutrelevanten Auswirkungen des Vorhabens wird auf das Kapitel 4.2.1.9 verwiesen.

4.2.1.3 Schutzgut Fläche

Das Schutzgut Fläche wird im gegenständlichen Vorhaben durch dauerhafte, anlagebedingte Flächeninanspruchnahmen durch die Fundamentköpfe erheblich beeinträchtigt (vgl. Register 17, Kap 5.3.8). Durch die Änderung verschiebt sich zwar die Lage der Fundamentköpfe, die Netto-Neuversiegelung wird hierdurch jedoch in ihrer Größe nicht verändert. Die Flächengröße der dauerhaften Flächeninanspruchnahme durch das Mastgeviert verändert sich nicht. Die temporäre Flächeninanspruchnahme verringert sich aufgrund der Anpassung der Arbeitsflächen insgesamt um ca. 335 m². Es sind daher insgesamt keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderung zu erwarten, in Bezug auf die temporäre Flächeninanspruchnahme stellt sich die 1. Deckblattänderung in diesem Änderungsbereich günstiger dar als die ursprüngliche Planung.

4.2.1.4 Schutzgut Boden

Die Böden im Änderungsbereich (Parabraunerde, L331) sind als sehr hoch erosionsgefährdete Böden, als Böden mit großem Wasserrückhaltevermögen im 2-Meter-Raum mit hoher Funktionserfüllung der Regulations- und Kühlungsfunktion sowie als Böden mit sehr hohem Leistungsvermögen eingestuft (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.4.1 DB1 Blatt 1 und Karte

5.4.2 DB1 Blatt 1). Durch die geringe Verschiebung des Mastes und Anpassung der Arbeitsflächen sowie temporären Zuwegungen wird kein anderer Bodentyp beansprucht und es sind keine anderen Bodeneigenschaften betroffen. Die Flächeninanspruchnahme verringert sich aufgrund der Änderung insgesamt um ca. 335 m², in Bezug auf die temporäre Flächeninanspruchnahme stellt sich die 1. Deckblattänderung in diesem Änderungsbereich daher günstiger dar als die ursprüngliche Planung. Der Bodeneingriff in Form von möglichen Bodenverdichtungen verringert sich entsprechend. Es sind daher insgesamt keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderung zu erwarten.

4.2.1.5 Schutzgut Wasser

Weder durch die wegfallende, noch durch die neue Planung sind Oberflächengewässer direkt betroffen. Ebenfalls liegt keine Betroffenheit von Wasserschutzgebieten, Überschwemmungsgebieten oder Vorranggebieten mit Bezug zum Schutzgut Wasser vor (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.5.1 DB1 Blatt 1 und Karte 5.5.2 DB1 Blatt 1). Durch die kleinräumige Verschiebung des Maststandortes und Anpassung der Arbeitsflächen und der temporären Zuwegungen bleiben die Umweltauswirkungen in Bezug auf das Schutzgut Wasser unverändert, sie treten nur räumlich leicht verschoben auf. Da sich die Flächeninanspruchnahme um ca. 335 m² verringert, ergibt sich ein geringfügig reduzierter Bodeneingriff, der bezüglich möglicher Bodenverdichtungen auch eine Relevanz für die Neubildung des Grundwassers haben könnte. In Bezug auf die temporäre Flächeninanspruchnahme stellt sich die 1. Deckblattänderung in diesem Änderungsbereich günstiger dar als die ursprüngliche Planung. Es sind daher insgesamt keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderung zu erwarten.

4.2.1.6 Schutzgut Luft und Klima

Für das Vorhaben konnten insgesamt erhebliche nachteilige Auswirkungen auf das Schutzgut Luft und Klima ausgeschlossen werden, da diese nicht die dazu relevanten Dimensionen aufweisen. Dies gilt ebenfalls im Hinblick auf die Inhalte der 1. Deckblattänderung.

Infolge der kleinräumigen Verschiebung des Standorts von Mast Nr. 3 der Bl. 4688 und der kleinräumigen Anpassung der erforderlichen Arbeitsflächen sind somit keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG zu erwarten.

4.2.1.7 Schutzgut Landschaft

Sowohl der wegfallende Maststandort als auch der neue Maststandort liegen in einer Landschaft mit mittlerer Bedeutung für die Landschaftspflege und die naturbezogene Erholung (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.7.1 DB1, Bl.1). Die Änderung umfasst eine geringfügige Verschiebung des Maststandortes sowie der bauzeitlichen Zuwegung und eine Verringerung der Flächengröße der Arbeitsflächen. Masttyp und Masthöhe bleiben unverändert, so dass sich hieraus gegenüber der ursprünglichen Planung keine anderen und/oder schwerwiegenden Auswirkungen auf das Schutzgut ergeben. Dies gilt ebenfalls im Hinblick auf die konstatierte visuelle Vor- und Neubelastung des Landschaftsbildes (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.7.2 DB1, Bl.1).

Durch die Verschiebung der Arbeitsflächen kann eine Flächeninanspruchnahme im Bereich von geplanten Kompensationsflächen Dritter vermieden bzw. verringert werden.

Insgesamt sind durch die Änderung keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG zu erwarten.

4.2.1.8 Schutzgut Kulturelles Erbe und Sonstige Sachgüter

Der Änderungsbereich betrifft keine Grabungsschutzgebiete, UNESCO-Stätten und Fundstellen bzw. Bodendenkmale (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.8.1 DB1, Bl.1). Visuelle Auswirkungen auf Kulturdenkmäler sind aufgrund der geringen Lageverschiebung des Mastes Nr. 3 der Bl. 4688 ebenfalls nicht gegeben. Da es sich um eine kleinräumige Anpassung handelt, die mit

einer Reduktion der temporären Flächeninanspruchnahme einhergeht, sind keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG zu erwarten.

4.2.1.9 Artenschutz

Durch die Verschiebung des Mastes 3, Bl. 4688 wird bezogen auf den kartierten Biototyp / Lebensraum der gleiche wie zuvor in Anspruch genommen (34.08a.01 Intensiv genutztes, frisches Dauergrünland) (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.2.1 DB1 Blatt 1).

Für die zwei im Änderungsbereich liegenden Feldlerchen-Reviere ergeben sich keine veränderten Betroffenheiten (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.2.2 DB1 Blatt 1). Die Amprion GmbH hat im Zuge des Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Projekts Ultramet die Errichtung einer Konverterstation in Meerbusch-Osterath geplant. Der im Bau befindliche Konverter und die zugehörigen nördlich angrenzenden geplanten Begrünungs- und Ausgleichsmaßnahmen liegen im Bereich dieser beiden Reviere der Feldlerche. Die Konverterstation wurde in einem eigenständigen Genehmigungsverfahren nach Maßgabe des BImSchG zugelassen. In dem dazu vorliegenden Landschaftspflegerischen Begleitplan (RMP STEPHAN LENZEN LANDSCHAFTSARCHITEKTEN, 2020) wurde bereits der Verlust der zwei Reviere der Feldlerche berücksichtigt und eine entsprechende CEF-Maßnahme konzipiert (vgl. Reg. 19, Kap. 6.2.2.1). Die am Mast 3 der Bl. 4688 bzw. für dessen Arbeitsflächen zu treffende Maßnahme V03 „Vermeidung der Beeinträchtigung von bodenbrütenden Vogelarten (Vergrämung)“ (Aufstellen von Flatterband) in Verbindung mit V01 „Ökologische Baubegleitung“ gilt weiterhin.

In Bezug auf das Kollisionsrisiko ergibt sich über die Verschiebung des Maststandortes und die daraus folgende geringfügige Veränderung des Spannungsfeldes keine veränderte Einstufung der Konfliktintensität. Das für den Haubentaucher festgestellte Kollisionsrisiko bleibt unverändert bestehen (vgl. Reg. 19, Kap. 6.2.2.6). Daher ist weiterhin die Maßnahme V05 „Markierung des Erdseils mit Vogelschutzmarkierungen (Brutvögel)“ zu ergreifen, um eine signifikante Erhöhung des Kollisionsrisikos auszuschließen.

Über den verschobenen Mastneubau besteht auch weiterhin die Gefahr, dass Kreuzkröten-Individuen in den Baustellenbereich einwandern und über die Umsetzung der Maßnahmen beeinträchtigt oder getötet werden. Die Maßnahme V08 „Vermeidung der Beeinträchtigung von Amphibien (Schutzzaun)“ ist demnach ebenfalls weiterhin zu ergreifen, um Individuenverluste der Kreuzkröte zu vermeiden.

Somit ergeben sich keine Änderungen in Bezug auf die artenschutzrechtliche Betrachtung.

4.2.1.10 Natura 2000

Die Änderung an Mast 3, Bl. 4699 (einschließlich Anpassung der Arbeitsfläche und Zuwegung) befindet sich außerhalb der Untersuchungsräume für Natura 2000-Gebiete. Beeinträchtigungen können daher nicht eintreten. Die 1. Deckblattänderung bedingt keine andere Beurteilung in Bezug auf die durchgeführte FFH-Vorprüfung (Register 20).

4.2.1.11 Landwirtschaft

Bei der Verschiebung von Mast 3, Bl. 4688 liegen sowohl der wegfallende als auch der neue Maststandort auf als intensiv genutztes, frisches Dauergrünland kartierten Flächen (34.08a.01). Die temporäre Flächeninanspruchnahme verringert sich aufgrund der Änderung insgesamt um ca. 335 m², in Bezug auf die temporäre Flächeninanspruchnahme stellt sich die 1. Deckblattänderung in diesem Änderungsbereich daher günstiger dar als die ursprüngliche Planung. Die temporär in Anspruch genommenen Flächen stehen nach Abschluss der Baumaßnahmen wieder uneingeschränkt der landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung. Die Größe der durch das Mastgeviert dauerhaft in Anspruch genommenen landwirtschaftlich genutzten Fläche ändert sich nicht. Folglich ergeben sich keine Änderungen oder weitergehen-

den Einschränkungen in Bezug auf die in Register 25 beschriebenen landwirtschaftlichen Belange. Dies gilt auch vor dem Hintergrund der in diesem Bereich geplanten und noch nicht umgesetzten Kompensationsmaßnahmen Dritter.

4.2.1.12 Forstwirtschaft

Durch die Verschiebung einer Seilzugfläche wird die Beanspruchung eines „Feldgehölzes frischer Standorte mit überwiegend autochthonen Arten mittlerer Ausprägung“ vermieden, dessen Anpflanzung eine geplante und noch nicht umgesetzte Kompensationsmaßnahme Dritter darstellt (vgl. Kap. 4.2.1.2). Kompensationsflächen Dritter werden in Register 23 nicht thematisiert, soweit sich diese ausschließlich in Planung befinden und noch nicht angelegt bzw. vor Ort kartiert werden konnten. Ein vorhandenes Feldgehölz ist jedoch grundsätzlich als Wald gemäß Bundeswaldgesetz (BWaldG) i. V. m. dem Landesforstgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LFoG NRW) zu betrachten. Die wegfallende Inanspruchnahme der geplanten Kompensationsmaßnahme Dritter hat keine Änderungen oder Einschränkungen in Bezug auf die in Register 23 beschriebenen forstrechtlichen Belange zur Folge.

4.2.2 Anpassung Schutzstreifen zwischen Mast Nr. 250A – Portal Konverter, Bl. 4588

Aufgrund der geänderten Lage und Abmessung des Konverterportals ist eine geringfügige Verschenkung der Leitungsachse bzw. des Schutzstreifens zwischen Mast Nr. 250A und dem Portal P007, Bl. 4588 erforderlich (vgl. Register 6.2.1 DB 1, Blatt 1.1).

Tabelle 7: Übersicht Änderung der Flächeninanspruchnahme im Bereich des Schutzstreifens zwischen Mast 250A – Portal Konverter (Bl. 4588), (grau hinterlegt: Zielbiotope von Kompensationsflächen Dritter)

Fläche	BTT Code	Biotoptyp	ursprüngliche Planung [m²]	aktuelle Planung [m²]	Differenz [m²]
Schutzstreifen	33.04a.03	Acker mit stark verarmter oder fehlender Segetalvegetation (Lehm- oder Tonboden)	7.485	7.435	-50
	34.08a.01	Intensiv genutztes, frisches Dauergrünland	1.016	1.025	9
	34.07a.01	Artenreiches Grünland frischer Standorte: Artenreiche, frische Mähwiese	1.132	1.159	27
	34.09	Tritt- und Parkrasen	1.485	1.752	267
	41.02.02M	Feldgehölz frischer Standorte mit überwiegend autochthonen Arten, mittlere Ausprägung	0	55	55
	52.01.01a	Versiegelter oder sonstiger gepflasterter Verkehrs- und Betriebsweg	67	0	-67
Summe			11.185	11.426	241

4.2.2.1 Schutzgut Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit

Im näheren Umfeld dieser Änderung befinden sich keine Wohngebäude. Die nächste Wohnbebauung liegt südwestlich in mehr als 500 m Entfernung zu Mast Nr. 250A.

Die geringfügige Anpassung der Leitungsachse bzw. des Schutzstreifens führt zu keiner relevanten Änderung von elektischen und magnetischen Feldern. Es ergab sich an Immissionsort Lfd. Nr. 1 - Osterath, Flur 14 für den Gleichstrombetrieb eine geringfügige Erhöhung der magnetischen Flußdichte, wodurch an diesem Immissionsort nun ebenfalls das bereits vorher

an einem anderen Immissionsort ermittelte Maximum von 52 μT auftritt. Dieser prognostizierte Wert liegt deutlich unterhalb der Grenzwertvorgaben der 26. BImSchV von 500 μT (vgl. Kapitel 4.1.2).

Bei den bau- und betriebsbedingten Geräuschemissionen ergeben sich keine bzw. keine relevanten Änderungen an den Immissionsorten.

Folglich sind durch die Anpassung keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i.S. des UVPG zu erwarten.

4.2.2.2 Schutzgut Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt

Der Änderungsbereich liegt, ebenso wie die bisher geplante Lage des Schutzstreifens, zu Teilen in der Zone III des Wasserschutzgebiets „Osterath“. Weitere Schutzgebiete oder geschützte Teile von Natur und Landschaft sind nicht betroffen (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.2.1 DB1 Blatt 1).

Sowohl im Bereich des wegfallenden als auch des neuen Schutzstreifens befinden sich als landwirtschaftliche Nutzflächen kartierte Biotoptypen (33.04a.03: Acker mit stark verarmter oder fehlender Segetalvegetation (Lehm- oder Tonboden), 34.08a.01: Intensiv genutztes, frisches Dauergrünland). Die Schutzstreifen-Breite verändert sich nicht. Durch die veränderte Lage des Portals vergrößert sich die Fläche, für die ein Schutzstreifen neu ausgewiesen wird, in sehr geringem Umfang (ca. 241 m^2). Die genannten kartierten Biotoptypen des Offenlands werden durch Neuausweisung von Schutzstreifen grundsätzlich nicht verändert. Es sind daher insgesamt keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderung zu erwarten.

Im Landschaftspflegerischen Begleitplan (Register 18) sind anstatt des kartierten Biotoptyps die im Änderungsbereich ausgewiesenen, noch nicht umgesetzten Kompensationsmaßnahmen Dritter zu berücksichtigen. Innerhalb der Eingriffsbilanzierung (Anhang C von Register 18) wird der jeweilige Zielbiotyp der betroffenen Fläche bilanziert (vgl. auch Übersicht Flächenstatistik in Kap. 4.2.2). Im Bereich des Portals am Konverter befindet sich die folgende geplante und noch nicht umgesetzte Kompensationsmaßnahme Dritter sowohl im Bereich des wegfallenden als auch des neuen Schutzstreifens: Zielbiotyp 34.07a.01 Artenreiche, frische Mähwiese. Eine zusätzliche Betroffenheit durch die Neuausweisung des geänderten Schutzstreifens ergibt sich für ein „Feldgehölz frischer Standorte mit überwiegend autochthonen Arten mittlerer Ausprägung“ (Zielbiotyp 41.02.02M), welches ebenfalls eine geplante und noch nicht umgesetzte Kompensationsmaßnahme Dritter darstellt. Die betroffenen 55 m^2 des Feldgehölzes liegen am Rand des ausgewiesenen neuen Schutzstreifens. Der Kompensationsbedarf infolge der Wuchshöhenbeschränkung für die 55 m^2 Feldgehölz wird im LBP ermittelt. Das Offenland-Biotop unterliegt hingegen keinen Einschränkungen, die zu bilanzieren sind.

Im Hinblick auf die übrigen schutzgutrelevanten Auswirkungen des Vorhabens wird auf das Kapitel 4.2.2.9 verwiesen. Die Betroffenheit von Wasserschutzgebieten wird in Kapitel 4.2.2.5 behandelt.

4.2.2.3 Schutzgut Fläche

Im hier betrachteten Änderungsbereich der 1. Deckblattänderung verändern sich ausschließlich die durch Neuausweisung von Schutzstreifen betroffenen Flächen und dies in nur sehr geringem Umfang (Vergrößerung des Schutzstreifens um ca. 241 m^2).

Es sind daher insgesamt keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderung zu erwarten.

4.2.2.4 Schutzgut Boden

Die Böden im Änderungsbereich (Parabraunerde, L331) sind als sehr hoch erosionsgefährdete Böden, als Böden mit großem Wasserrückhaltevermögen im 2-Meter-Raum mit hoher

Funktionserfüllung der Regulations- und Kühlfunktion sowie als Böden mit sehr hohem Leistungsvermögen eingestuft (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.4.1 DB1 Blatt 1 und Karte 5.4.2 DB1 Blatt 1). Durch die Neuausweisung eines Schutzstreifens werden keine Eingriffe in den Bodenkörper verursacht. Die Anpassung des Schutzstreifens führt entsprechend zu keinen Veränderungen in Bezug auf das Schutzgut Boden. Es sind daher insgesamt keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderung zu erwarten.

4.2.2.5 Schutzgut Wasser

Es befinden sich weder im wegfallenden, noch im neuen Schutzstreifen Oberflächengewässer, oder Überschwemmungsgebiete. Ein Teil des wegfallenden und neuen Schutzstreifens liegt im Bereich der Zone IIIA des Wasserschutzgebiets „Osterath“ und innerhalb eines Vorranggebiets für den Grundwasser- und Gewässerschutz (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.5.1 DB1 Blatt 1 und Karte 5.5.2 DB1 Blatt 1). Durch die Neuausweisung eines Schutzstreifens werden keine Eingriffe verursacht, die Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Wasser haben könnten. Es sind daher keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderungen zu erwarten.

4.2.2.6 Schutzgut Luft und Klima

Für das Vorhaben konnten insgesamt erhebliche nachteilige Auswirkungen auf das Schutzgut Luft und Klima ausgeschlossen werden, da es nicht die dazu relevanten Dimensionen aufweist. Dies gilt ebenfalls im Hinblick auf die Inhalte der 1. Deckblattänderung.

Infolge der kleinräumigen Anpassung des Schutzstreifens sind somit keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG zu erwarten.

4.2.2.7 Schutzgut Landschaft

Der Änderungsbereich liegt wie der wegfallende Schutzstreifen in einer Landschaft mit mittlerer Bedeutung für die Landschaftspflege und die naturbezogene Erholung (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.7.1 DB1, Bl.1). Mit der Änderung der Neuausweisung des Schutzstreifens ist kein Eingriff in landschaftsprägende Vegetationselemente verbunden. Das „Feldgehölz frischer Standorte mit überwiegend autochthonen Arten mittlerer Ausprägung“ (41.02.02M) im Bereich des neuen Schutzstreifens (Flächengröße ca. 55 m²) unterliegt zukünftig dem ökologischen Trassenmanagement, eine generelle Nutzungsänderung (Entfernung des Bestandes) ist jedoch nicht erforderlich.

Im Hinblick auf die konstatierte visuelle Vor- und Neubelastung des Landschaftsbildes sind ebenfalls keine anderen und/oder schwerwiegenden visuellen Auswirkungen auf das Landschaftsbild verbunden (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.7.2 DB1, Bl.1).

Durch die kleinräumige Anpassung des Schutzstreifens sind folglich insgesamt keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG zu erwarten.

4.2.2.8 Schutzgut Kulturelles Erbe und Sonstige Sachgüter

Der Änderungsbereich betrifft keine Grabungsschutzgebiete, UNESCO-Stätten und Fundstellen bzw. Bodendenkmale (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.8.1 DB1, Bl.1). Visuelle Auswirkungen auf Kulturdenkmäler sind aufgrund der geringen Lageverschiebung des Schutzstreifens nicht gegeben. Da es sich um eine kleinräumige Anpassung der Lage des Schutzstreifens handelt, sind keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG zu erwarten.

4.2.2.9 Artenschutz

Durch die Anpassung des Schutzstreifens zwischen Mast 250A, Bl. 4588 und dem Portal des Konverters werden bezogen auf die kartierten Biotoptypen / Lebensräume die gleichen wie

zuvor in Anspruch genommen (33.04a.03 Acker mit stark verarmter oder fehlender Segetalvegetation (Lehm- oder Tonboden) und 34.08a.01 Intensiv genutztes, frisches Dauergrünland) (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.2.1 DB1 Blatt 1). In der Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung (Anhang C, Register 18) wird für eine Teilfläche in der Nähe des Portals hingegen der Zielbiotoptyp der für diesen Bereich geplanten und noch nicht umgesetzten Kompensationsflächen Dritter berücksichtigt (Zielbiotoptyp 34.07a.01 Artenreiche, frische Mähwiese und Zielbiotoptyp 41.02.02M „Feldgehölz frischer Standorte mit überwiegend autochthonen Arten mittlerer Ausprägung“, vgl. Kap. 4.2.2.2).

In Bezug auf das Kollisionsrisiko ergibt sich über die geringfügige Veränderung des Spannfeldes und Schutzstreifens keine veränderte Einstufung der Konfliktintensität. Das für den Haupttaucher festgestellte Kollisionsrisiko bleibt unverändert bestehen (vgl. Reg. 19, Kap. 6.2.2.6). Daher ist weiterhin die Maßnahme V05 „Markierung des Erdseils mit Vogelschutzmarkierungen (Brutvögel)“ zu ergreifen, um eine signifikante Erhöhung des Kollisionsrisikos auszuschließen.

Die neue Betroffenheit eines geplanten Feldgehölzes (Kompensationsmaßnahme Dritter) führt nicht zur Ergreifung von ergänzenden artenschutzbezogenen Maßnahmen, da es sich um eine noch nicht umgesetzte Maßnahme handelt und das Feldgehölz erst nach einigen Jahren ein Potenzial als Lebensraum entfaltet (z. B. für die Anlage von Nestern oder in Form der Ausbildung von Baumhöhlen).

Somit ergeben sich keine Änderungen in Bezug auf die artenschutzrechtliche Betrachtung.

4.2.2.10 Natura 2000

Die Änderung befindet sich außerhalb der Untersuchungsräume für Natura 2000-Gebiete. Beeinträchtigungen können daher nicht eintreten. Die 1. Deckblattänderung bedingt keine andere Beurteilung in Bezug auf die durchgeführte FFH-Vorprüfung (Register 20).

4.2.2.11 Landwirtschaft

Sowohl im Bereich des wegfallenden als auch des neuen Schutzstreifens befinden sich überwiegend landwirtschaftlich genutzte Flächen. Die Schutzstreifen-Breite verändert sich nicht. Die landwirtschaftlichen Nutzflächen werden durch Neuausweisung von Schutzstreifen nicht verändert und es ergeben sich durch die Schutzstreifen-Anpassung keine Veränderungen hinsichtlich der einzuhaltenden Mindest-Bodenabstände. Folglich ergeben sich keine Änderungen oder Einschränkungen in Bezug auf die in Register 25 beschriebenen landwirtschaftlichen Belange. Dies gilt auch vor dem Hintergrund der in diesem Bereich geplanten und noch nicht umgesetzten Kompensationsmaßnahmen Dritter.

4.2.2.12 Forstwirtschaft

Der Schutzstreifen zwischen Mast Nr. 250A und dem Portal des Konverters Meerbusch überspannt aktuell landwirtschaftlich genutzte Flächen.

Nach der Anpassung der Lage des Schutzstreifens liegt ein geplantes „Feldgehölz frischer Standorte mit überwiegend autochthonen Arten mittlerer Ausprägung“ (Zielbiotoptyp 42.02.02M), welches eine noch nicht umgesetzte Kompensationsmaßnahme Dritter darstellt, nun im Bereich des neuen Schutzstreifens. Kompensationsflächen Dritter werden in Register 23 nicht thematisiert, soweit sich diese ausschließlich in Planung befinden und noch nicht angelegt bzw. vor Ort kartiert werden konnten. Ein vorhandenes Feldgehölz ist jedoch grundsätzlich als Wald gemäß Bundeswaldgesetz (BWaldG) i. V. m. dem Landesforstgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LFoG NRW) zu betrachten. Das Feldgehölz unterliegt zukünftig dem ökologischen Trassenmanagement, eine generelle Nutzungsänderung (Entfernung des Bestandes) ist jedoch nicht erforderlich. Da von der Neuausweisung des Schutzstreifens nur

ein kleiner randlicher Teil des Feldgehölzes (Flächengröße ca. 55 m²) zukünftig dem ökologischen Trassenmanagement unterliegt, ist auch zukünftig keine generelle Nutzungsänderung (Entfernung des Bestandes) erforderlich. Folglich ergeben sich auch unter Berücksichtigung der geplanten Kompensationsmaßnahme Dritter keine relevanten Änderungen oder Einschränkungen in Bezug auf die in Register 23 beschriebenen forstrechtlichen Belange.

4.2.3 Anpassung Zuwegung Mast Nr. 239A, Bl. 4588

Aufgrund der fortgeschrittenen Bebauung auf einer gewerblich genutzten Fläche der Stadt Kaarst wird als Zuwegung zum Mast Nr. 239A, Bl. 4588 nunmehr eine vorhandene versiegelte Wegefläche genutzt (gem. BKompV nicht bilanzierungsrelevant). Die temporäre Arbeitsfläche von Mast Nr. 239A, Bl. 4588 bleibt unverändert (vgl. Register 6.2.3 DB 1, Blatt 3.2).

Tabelle 8: Übersicht Änderung der Flächeninanspruchnahme im Bereich der Zuwegung an Mast 239A (Bl. 4588)

Fläche	BTT Code	Biotoptyp	ursprüngliche Planung [m ²]	aktuelle Planung [m ²]	Differenz [m ²]
Temporäre Zuwegung	33.04a.03	Acker mit stark verarmter oder fehlender Segetalvegetation (Lehm- oder Tonboden)	921	0	-921
Summe			921	0	-921

4.2.3.1 Schutzgut Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit

Der Änderungsbereich befindet sich nördlich eines Gewerbegebietes der Stadt Kaarst, unmittelbar westlich der A 57.

Eine Änderung der Zuwegung zu Mast Nr. 239A der Bl. 4588 hat keine Auswirkungen auf die elektrischen und magnetischen Felder. Ebenso wenig sind Änderungen an bau- bzw. betrieblichen Emissionen zu konstatieren (vgl. Kapitel 4.1.3). Folglich sind durch die Anpassung keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i.S. des UVPG zu erwarten.

4.2.3.2 Schutzgut Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt

Der Änderungsbereich liegt zu Teilen in einer Biotopverbundfläche besonderer Bedeutung (VB-D-4705-022). Schutzgebiete oder geschützte Teile von Natur und Landschaft sind nicht betroffen (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.2.1 DB1 Blatt 3).

Aufgrund der Umsetzung des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 110 (Stadt Kaarst „Erweiterung Gewerbegebiet Holzbüttgen-Ost – Büttgen“) und den daraus resultierenden baulichen Veränderungen (Entwicklung von Gewerbe), die im aktuellen Luftbild sichtbar sind, erfolgte eine Anpassung der 2022 kartierten Biotoptypen im Änderungsbereich der 1. Deckblattänderung an die aktuelle Bestandssituation (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.2.1 DB1 Blatt 3). Der ehemals überwiegend als Ackerfläche kartierte Bereich wurde gemäß den Darstellungen des Bebauungsplans im Mai 2024 den Codierungen

- 41.01.04.02: Gebüsch mit überwiegend autochthonen Arten: Sonstiges Gebüsch frischer Standorte,
- 52.01.01a: Versiegelter oder sonstiger gepflasterter Verkehrs- und Betriebsweg (z. B. Straße, Start-, Landebahn) sowie
- 53.01.14a: Industrie- und Gewerbefläche inkl. typischen Freiräumen

zugeordnet. Die temporäre Zuwegung über eine Ackerfläche [33.04a.03 Acker mit stark verarmter oder fehlender Segetalvegetation (Lehm- oder Tonboden)] entfällt, stattdessen wird bauzeitlich ein vorhandener versiegelter Weg als Zuwegung genutzt (52.01.01a Versiegelter

oder sonstiger gepflasterter Verkehrs- und Betriebsweg; vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.2.1 DB1 Blatt 3). Die temporäre Flächeninanspruchnahme reduziert sich um ca. 921 m². Es sind daher insgesamt keine erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderung zu erwarten. Der Kompensationsbedarf für die nicht vermeidbaren erheblichen Beeinträchtigungen wird im Rahmen des Landschaftspflegerischen Begleitplans (siehe Reg. 18, LBP DB1) angepasst.

In Bezug auf die Biotopverbundfläche besonderer Bedeutung ergeben sich durch die Nutzung eines vorhandenen versiegelten Wegs als Zuwegung keine negativen Auswirkungen.

Im Hinblick auf die übrigen schutzgutrelevanten Auswirkungen des Vorhabens wird auf das Kapitel 4.2.3.9 verwiesen.

4.2.3.3 Schutzgut Fläche

Die geänderte temporäre, baubedingte Flächeninanspruchnahme durch die Änderung der bauzeitlichen Zuwegung wirkt sich auf das Schutzgut Fläche nicht erheblich nachteilig aus.

Die temporäre Flächeninanspruchnahme verringert sich aufgrund der Anpassung der Zuwegung insgesamt um ca. 921 m². Es sind daher insgesamt keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderung zu erwarten, in Bezug auf die temporäre Flächeninanspruchnahme stellt sich die 1. Deckblattänderung in diesem Änderungsbereich günstiger dar als die ursprüngliche Planung.

4.2.3.4 Schutzgut Boden

Die Böden im Bereich der wegfallenden temporären Zuwegung (Gley, G43 und G73) sind als Böden mit mittlerem bis hohem oder hohem Leistungsvermögen sowie zum Teil als hoch erosionsgefährdete Böden (G43) eingestuft. Für einen Teil der wegfallenden Zuwegung werden Bodenbelastungen in Form der Überschreitung von mindestens einem Vorsorgewert gemäß Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) angezeigt (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.4.1 DB1 Blatt 3 und Karte 5.4.2 DB1 Blatt 3). Da die temporäre Zuwegung zum Mast (Flächengröße ca. 921 m²) entfällt und über eine geänderte Zuwegung ersetzt wird, welche über einen vorhandenen versiegelten Weg geführt wird, ergibt sich ein reduzierter Bodeneingriff in Form von möglichen Bodenverdichtungen. Eine Betroffenheit der im Bereich der versiegelten Zuwegung ausgewiesenen Altablagerung und eine entsprechende mögliche Gefährdung des Bodenkörpers liegt nicht vor. Es sind daher insgesamt keine erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderung zu erwarten.

4.2.3.5 Schutzgut Wasser

Weder durch die wegfallende, noch durch die neue Planung sind Oberflächengewässer, Wasserschutzgebiete, Überschwemmungsgebiete oder Vorranggebiete mit Bezug zum Schutzgut Wasser betroffen (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.5.1 DB1 Blatt 1 und Karte 5.5.2 DB1 Blatt 1). Da die temporäre Zuwegung zum Mast entfällt und stattdessen ein vorhandener versiegelter Weg als Zuwegung genutzt wird, ergibt sich ein reduzierter Bodeneingriff, der bezüglich möglicher Bodenverdichtungen auch eine Relevanz für die Neubildung des Grundwassers haben könnte. Eine Betroffenheit der im Bereich der versiegelten Zuwegung ausgewiesenen Altablagerung und eine entsprechende mögliche Gefährdung von Wasserkörpern liegt nicht vor. Es sind daher insgesamt keine erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderung zu erwarten.

4.2.3.6 Schutzgut Luft und Klima

Für das Vorhaben konnten insgesamt erhebliche nachteilige Auswirkungen auf das Schutzgut Luft und Klima ausgeschlossen werden, da es nicht die dazu relevanten Dimensionen aufweist. Dies gilt ebenfalls im Hinblick auf die Inhalte der 1. Deckblattänderung.

Infolge der kleinräumigen Anpassung sind somit keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG zu erwarten.

4.2.3.7 Schutzgut Landschaft

Der Änderungsbereich liegt im Bereich einer Siedlung / Ortslage (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.7.1 DB1, Bl.1). Die 1. Deckblattänderung umfasst in diesem Bereich nur die Änderung der bauzeitlichen Zuwegung zu Mast Nr. 239A, Bl. 4588. Mit der 1. Deckblattänderung ist die Nutzung eines bestehenden versiegelten Weges als Zuwegung vorgesehen. Allenfalls ist das Freischneiden des Lichtraumprofils erforderlich, falls die angrenzenden Gehölze zu weit in den Weg hineinragen. Ein dauerhafter Eingriff in landschaftsprägende Vegetationselemente ist damit jedoch nicht verbunden.

Im Hinblick auf die konstatierte visuelle Vor- und Neubelastung des Landschaftsbildes sind mit der geänderten temporären Wegführung ebenfalls keine anderen und/oder schwerwiegenden visuellen Auswirkungen auf das Landschaftsbild verbunden (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.7.2 DB1, Bl.1).

Durch die Änderung sind somit insgesamt keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG zu erwarten.

4.2.3.8 Schutzgut Kulturelles Erbe und Sonstige Sachgüter

Der Änderungsbereich betrifft keine Grabungsschutzgebiete, UNESCO-Stätten und Fundstellen bzw. Bodendenkmale (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.8.1 DB1, Bl.1). Visuelle Auswirkungen auf Kulturdenkmäler sind mit der Anpassung der bauzeitlichen Zuwegung ebenfalls nicht verbunden. Da es sich um eine kleinräumige Anpassung handelt, sind keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG zu erwarten.

Im Hinblick auf die detaillierte Betrachtung denkmalschutzrechtlicher Belange wird auf das Kapitel 4.2.3.13 verwiesen.

4.2.3.9 Artenschutz

Der Änderungsbereich liegt zu Teilen in einer Biotopverbundfläche besonderer Bedeutung (VB-D-4705-022). Schutzgebiete oder geschützte Teile von Natur und Landschaft sind nicht betroffen (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.2.1 DB1 Blatt 3).

Aufgrund der Umsetzung des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 110 (Stadt Kaarst „Erweiterung Gewerbegebiet Holzbüttgen-Ost – Büttgen“) und den daraus resultierenden baulichen Veränderungen (Entwicklung von Gewerbe), die im aktuellen Luftbild sichtbar sind, erfolgte eine Anpassung der 2022 kartierten Biotoptypen im Änderungsbereich der 1. Deckblattänderung an die aktuelle Bestandssituation (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.2.1 DB1 Blatt 3). Der ehemals überwiegend als Ackerfläche kartierte Bereich wurde gemäß den Darstellungen des Bebauungsplans im Mai 2024 den Codierungen

- 41.01.04.02: Gebüsch mit überwiegend autochthonen Arten: Sonstiges Gebüsch frischer Standorte,
- 52.01.01a: Versiegelter oder sonstiger gepflasterter Verkehrs- und Betriebsweg (z. B. Straße, Start-, Landebahn) sowie
- 53.01.14a: Industrie- und Gewerbefläche inkl. typischen Freiräumen

zugeordnet. Durch den Wegfall der temporären Zuwegung zu Mast 239A, Bl. 4588 entfällt die Inanspruchnahme der 2022 kartierten Ackerfläche (33.04a.03 Acker mit stark verarmter oder fehlender Segetalvegetation (Lehm- oder Tonboden)) und wird durch die Inanspruchnahme eines vorhandenen befestigten Wegs ersetzt, der kein Potenzial als Lebensraum aufweist (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.2.1 DB1 Blatt 3).

Es ergeben sich keine Änderungen in Bezug auf die artenschutzrechtliche Betrachtung.

4.2.3.10 Natura 2000

Die Änderung befindet sich außerhalb der Untersuchungsräume für Natura 2000-Gebiete. Beeinträchtigungen können daher nicht eintreten. Die 1. Deckblattänderung bedingt keine andere Beurteilung in Bezug auf die durchgeführte FFH-Vorprüfung (Register 20).

4.2.3.11 Landwirtschaft

Die temporäre Zuwegung über eine landwirtschaftliche Nutzfläche entfällt und wird durch die temporäre Inanspruchnahme eines vorhandenen befestigten Wegs ersetzt. Durch die Änderungen reduziert sich die temporäre Flächeninanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzfläche entsprechend um ca. 0,09 ha. Folglich ergeben sich keine nachteiligen Änderungen oder Einschränkungen in Bezug auf die in Register 25 beschriebenen landwirtschaftlichen Belange, vielmehr stellt dies eine Verbesserung gegenüber der ursprünglichen Planung dar.

4.2.3.12 Forstwirtschaft

Im Änderungsbereich befinden sich keine Waldflächen. Die Änderung hat demnach keine Änderungen oder Einschränkungen in Bezug auf die in Register 23 beschriebenen forstrechtlichen Belange zur Folge.

4.2.3.13 Denkmalschutzrechtliche Belange

Sowohl im Bereich der wegfallenden als auch der neuen temporären Zuwegung zu Mast Nr. 239A der Bl. 4588 findet keine Flächeninanspruchnahme von bekannten Bodendenkmälern statt.

Der Napoleonische Nordkanal (NE115) befindet sich unmittelbar angrenzend an den vorhandenen versiegelten Weg, der bauzeitlich als Zuwegung genutzt werden soll. Da an Mast Nr. 239A ausschließlich ein Isolatorentausch vorgesehen ist, wird der vorhandene versiegelte Weg nur mit normalen LKW befahren, ein Schwerlastverkehr ist hier nicht erforderlich. Da der Isolatorentausch an nur einem Tag durchgeführt werden kann, ist von einer geringen Anzahl an Fahrzeugen auszugehen, welche die bauzeitliche Zuwegung befahren. Eine Betroffenheit des Nordkanals als Bodendenkmal ist daher nicht gegeben.

Unter Berücksichtigung dieser Auflage ergeben sich keine Änderungen in Bezug auf die in Register 22 beschriebenen denkmalschutzrechtlichen Belange.

4.2.4 Anpassung Arbeitsfläche Mast Nr. 1239, Bl. 4588

Aufgrund der fortgeschrittenen Bebauung auf einer gewerblich genutzten Fläche der Stadt Kaarst wird die temporäre Arbeitsfläche um Mast Nr. 1239, Bl. 4588 sowie die vorgesehene Zuwegung angepasst. Eine Anpassung des Maststandortes hingegen ist nicht vorgesehen (vgl. Register 6.2.3 DB 1, Blatt 3.2). In Bezug auf die temporäre Flächeninanspruchnahme stellt sich die 1. Deckblattänderung in diesem Änderungsbereich ungünstiger dar als die ursprüngliche Planung. Bei der dauerhaften Flächeninanspruchnahme ergibt sich hinsichtlich der Flächengröße hingegen kein Unterschied.

Tabelle 9: Übersicht Änderung der Flächeninanspruchnahme an Mast 1239 (Bl. 4588)

Fläche	BTT Code	Biotoptyp	ursprüngliche Planung [m²]	aktuelle Planung [m²]	Differenz [m²]
Arbeitsfläche	33.04a.03	Acker mit stark verarmter oder fehlender Segetalvegetation (Lehm- oder Tonboden)	1.846	0	-1.846
	41.01.04.02	Gebüsche mit überwiegend autochthonen Arten: Sonstiges Gebüsch frischer Standorte	715	3	-712
	52.01.04a	Unbefestigte Straße/Feld- und Forstweg bzw. Verkehrsweg mit wassergebundener Decke	10	159	149
	52.01.08a.02	Funktionsgrün mit artenarmer Krautschicht oder mit Gehölzbestand junger Ausprägung	22	0	-22
	53.01.14a	Industrie- und Gewerbefläche inkl. typischen Freiräumen	405	3.134	2.729
Mastgeviert	33.04a.03	Acker mit stark verarmter oder fehlender Segetalvegetation (Lehm- oder Tonboden)	206	0	-206
	41.01.04.02	Gebüsche mit überwiegend autochthonen Arten: Sonstiges Gebüsch frischer Standorte	35	0	-35
	53.01.14a	Industrie- und Gewerbefläche inkl. typischen Freiräumen	79	320	241
Summe			3.318	3.616	298

4.2.4.1 Schutzgut Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit

Der Änderungsbereich befindet sich im Bereich eines Gewerbegebietes der Stadt Kaarst, unmittelbar westlich der A 57.

Die geringfügige Anpassung der Lage der Arbeitsfläche bei Mast Nr. 1239 der Bl. 4588 führt zu keiner Änderung von elektischen und magnetischen Feldern. Bei den bau- und betriebsbedingten Geräuschemissionen ergeben sich keine Änderungen an den Immissionsorten (vgl. Kapitel 4.1.4). Folglich sind durch die Anpassung keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i.S. des UVPG zu erwarten.

4.2.4.2 Schutzgut Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt

Der Änderungsbereich liegt in keinem Schutzgebiet und betrifft auch keine weiteren geschützten Teile von Natur und Landschaft.

Im Bereich der wegfallenden Arbeitsfläche wurden die Biotoptypen

- 33.04a.03: Acker mit stark verarmter oder fehlender Segetalvegetation (Lehm- oder Tonboden),
- 41.01.04.02: Gebüsche mit überwiegend autochthonen Arten: Sonstiges Gebüsch frischer Standorte,

- 52.01.04a: Unbefestigte Straße/Feld- und Forstweg bzw. Verkehrsweg mit wassergebundener Decke,
- 52.01.08a.02: Funktionsgrün mit artenarmer Krautschicht oder mit Gehölzbestand junger Ausprägung und
- 53.01.14a: Industrie- und Gewerbefläche inkl. typischen Freiräumen

kartiert. Aufgrund der Umsetzung des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 110 (Stadt Kaarst „Erweiterung Gewerbegebiet Holzbüttgen-Ost – Büttgen“) und den daraus resultierenden baulichen Veränderungen (Entwicklung von Gewerbe), die im aktuellen Luftbild sichtbar sind, erfolgte eine Anpassung der 2022 kartierten Biotoptypen im Änderungsbereich der 1. Deckblattänderung an die aktuelle Bestandssituation (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.2.1 DB1 Blatt 3). Der ehemals überwiegend als Ackerfläche kartierte Bereich wurde gemäß den Darstellungen des Bebauungsplans im Mai 2024 den Codierungen

- 41.01.04.02: Gebüsche mit überwiegend autochthonen Arten: Sonstiges Gebüsch frischer Standorte,
- 52.01.01a: Versiegelter oder sonstiger gepflasterter Verkehrs- und Betriebsweg (z. B. Straße, Start-, Landebahn) sowie
- 53.01.14a: Industrie- und Gewerbefläche inkl. typischen Freiräumen

zugeordnet. Von der neuen Arbeitsfläche sind nur ca. 3 m² (41.01.04.02) als bilanzierungsrelevante Flächeninanspruchnahme zu berücksichtigen, da der Großteil der Flächeninanspruchnahme der 1. Deckblattänderung nunmehr geringwertige Industrie- und Gewerbeflächen betrifft (Biotoptypen mit einer Wertigkeit von 0-4 Wertpunkten sind gemäß BKompV nicht in der Bilanz zu betrachten, soweit sich deren Wertigkeit nicht verändert). Es sind daher insgesamt keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderung zu erwarten, vielmehr reduzieren sich die schutzgutbezogenen Auswirkungen infolge der verringerten bilanzierungsrelevante Flächeninanspruchnahme. Der Kompensationsbedarf für die nicht vermeidbaren erheblichen Beeinträchtigungen wird im Rahmen des Landschaftspflegerischen Begleitplans (siehe Reg. 18, LBP DB1) angepasst.

Im Hinblick auf die übrigen schutzgutrelevanten Auswirkungen des Vorhabens wird auf das Kapitel 4.2.4.9 verwiesen.

4.2.4.3 Schutzgut Fläche

Die geänderte temporäre, baubedingte Flächeninanspruchnahme durch die Verschiebung der Arbeitsfläche und der bauzeitlichen Zuwegung wirken sich auf das Schutzgut Fläche nicht erheblich nachteilig aus. Zwar ist mit der 1. Deckblattänderung eine um ca. 298 m² größere Flächeninanspruchnahme verbunden. Da diese aber nur temporär erforderlich ist und dafür in größerem Umfang als bisher gewerblich genutzte Flächen bzw. Verkehrsflächen genutzt werden, ergeben sich keine Auswirkungen auf das Schutzgut.

Es sind daher insgesamt keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderung zu erwarten.

4.2.4.4 Schutzgut Boden

Sowohl die wegfallende als auch die neue Arbeitsfläche liegt im Bereich von Böden mit hohem Leistungsvermögen (Gley, G73). Ebenfalls werden Bodenbelastungen in Form der Überschreitung von mindestens einem Vorsorgewert gemäß Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) für den Änderungsbereich angezeigt. Die neue Arbeitsfläche betrifft mit geringer Flächengröße (ca. 500 m²) zusätzlich den Rand eines Altstandortes, für dessen Bereich keine Böden mit hoher Funktionserfüllung bzw. schutzwürdige Böden ausgewiesen werden (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.4.1 DB1 Blatt 3 und Karte 5.4.2 DB1 Blatt 3).

Da sich der Maststandort und dementsprechend die Verortung der Gründungsmaßnahmen nicht verändert, ergeben sich diesbezüglich keine veränderten Auswirkungen.

Da die bauzeitliche Flächeninanspruchnahme eines Altstandorts durch die neue Arbeitsfläche ohne jeglichen Eingriff in den Boden erfolgt, ist diesbezüglich von keiner erheblichen nachteiligen Beeinträchtigung durch die bekannten Altlasten oder bekannten Überschreitungen von Vorsorge- /Prüfwerten nach BBodSchV auszugehen.

Die gesamte temporäre Flächeninanspruchnahme vergrößert sich aufgrund der Änderung insgesamt um ca. 298 m². Bei Beachtung der für den gesamten Vorhabensbereich zu ergreifenden allgemeinen Bodenschutzmaßnahmen (V10) werden erhebliche Beeinträchtigungen vermieden bzw. gemindert. Erheblich nachteilige Auswirkungen i. S. des UVPG sind im Änderungsbereich somit nicht zu erwarten.

4.2.4.5 Schutzgut Wasser

Weder durch die wegfallende, noch durch die neue Planung sind Oberflächengewässer, Wasserschutzbereiche, Überschwemmungsgebiete oder Vorranggebiete mit Bezug zum Schutzgut Wasser betroffen (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.5.1 DB1 Blatt 1 und Karte 5.5.2 DB1 Blatt 1). Die neue Arbeitsfläche betrifft mit geringer Flächengröße (ca. 500 m²) zusätzlich den Rand eines Altstandortes. Eine Gefährdung des Grundwassers liegt nicht vor, da in diesem Bereich keine Bodeneingriffe vorgenommen werden. Insgesamt resultieren aus der geringfügigen zusätzlichen baubedingten Flächeninanspruchnahme (298 m²) unter Berücksichtigung der in Kap. 5.5.6.1 und 5.5.6.2 von Register 17 aufgeführten Merkmale und geplanten Vermeidungsmaßnahmen des Vorhabens keine erheblichen Beeinträchtigungen des Schutzgutes Wasser (vgl. Reg. 17, Kap. 5.5.7). Es sind daher keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderungen zu erwarten.

4.2.4.6 Schutzgut Luft und Klima

Für das Vorhaben konnten insgesamt erhebliche nachteilige Auswirkungen auf das Schutzgut Luft und Klima ausgeschlossen werden, da es nicht die dazu relevanten Dimensionen aufweist. Dies gilt ebenfalls im Hinblick auf die Inhalte der 1. Deckblattänderung.

Infolge der kleinräumigen Anpassung sind somit keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG zu erwarten.

4.2.4.7 Schutzgut Landschaft

Der Änderungsbereich liegt im Bereich einer Ortslage / Siedlung (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.7.1 DB1, Bl.1). Die 1. Deckblattänderung umfasst in diesem Bereich nur die Änderung der bauzeitlichen Zuwegung zu Mast Nr. 1239, Bl. 4588 sowie eine Verschiebung der Arbeitsfläche.

Mit der 1. Deckblattänderung ist die Nutzung einer im Zuge der gewerblichen Entwicklung der angrenzenden Flächen neu angelegten Straße als bauzeitliche Zuwegung vorgesehen.

Ein Eingriff in landschaftsprägende Vegetationselemente liegt auch im Bereich der geänderten Arbeitsfläche nicht vor.

Sowohl die wegfallende Arbeitsfläche als auch die geänderte Arbeitsfläche befinden sich in einem Bereich, für den methodenbedingt keine Landschaftsbildbewertung sondern eine Kennzeichnung als Ortslage / Siedlung erfolgte (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.7.2 DB1, Bl.1). Dementsprechend sind mit der geänderten Lage der Arbeitsfläche keine anderen und/oder schwerwiegenderen visuellen Auswirkungen auf das Landschaftsbild verbunden.

Durch die Änderung sind somit insgesamt keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG zu erwarten.

4.2.4.8 Schutzgut Kulturelles Erbe und Sonstige Sachgüter

Der Änderungsbereich betrifft keine Grabungsschutzgebiete, UNESCO-Stätten und Fundstellen bzw. Bodendenkmale (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.8.1 DB1, Bl.4). Visuelle Auswirkungen auf Kulturdenkmäler sind mit der geringen Lageverschiebung der Arbeitsfläche von Mast Nr. 1239 der Bl. 4588 ebenfalls nicht verbunden. Da es sich um eine kleinräumige Anpassung handelt, die nur mit einer geringfügigen Vergrößerung der temporären Flächeninanspruchnahme einhergeht, sind keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG zu erwarten.

4.2.4.9 Artenschutz

Im Bereich der wegfallenden Arbeitsfläche wurden die Biotoptypen

- 33.04a.03: Acker mit stark verarmter oder fehlender Segetalvegetation (Lehm- oder Tonboden),
- 41.01.04.02: Gebüsche mit überwiegend autochthonen Arten: Sonstiges Gebüsch frischer Standorte,
- 52.01.04a: Unbefestigte Straße/Feld- und Forstweg bzw. Verkehrsweg mit wassergebundener Decke,
- 52.01.08a.02: Funktionsgrün mit artenarmer Krautschicht oder mit Gehölzbestand junger Ausprägung und
- 53.01.14a: Industrie- und Gewerbefläche inkl. typischen Freiräumen

kartiert. Aufgrund der Umsetzung des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 110 (Stadt Kaarst „Erweiterung Gewerbegebiet Holzbüttgen-Ost – Büttgen“) und den daraus resultierenden baulichen Veränderungen (Entwicklung von Gewerbe), die im aktuellen Luftbild sichtbar sind, erfolgte eine Anpassung der 2022 kartierten Biotoptypen im Änderungsbereich der 1. Deckblattänderung an die aktuelle Bestandssituation (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.2.1 DB1 Blatt 3). Der ehemals überwiegend als Ackerfläche kartierte Bereich wurde gemäß den Darstellungen des Bebauungsplans im Mai 2024 den Codierungen

- 41.01.04.02: Gebüsche mit überwiegend autochthonen Arten: Sonstiges Gebüsch frischer Standorte,
- 52.01.01a: Versiegelter oder sonstiger gepflasterter Verkehrs- und Betriebsweg (z. B. Straße, Start-, Landebahn) sowie
- 53.01.14a: Industrie- und Gewerbefläche inkl. typischen Freiräumen

zugeordnet.

Der ehemals überwiegend als Ackerfläche kartierte Bereich wurde gemäß den Darstellungen des Bebauungsplans entsprechend großflächig als Industrie- und Gewerbefläche (53.01.14a) ausgewiesen. Industrie- und Gewerbeflächen weisen aufgrund des hohen Versiegelungsgrades und Störungsmaßes insgesamt ein geringes Lebensraumpotenzial auf.

Die für die innerhalb der angepassten Arbeitsfläche liegenden Masten 1239 und 239 der Bl. 4588 getroffene Maßnahme V16 „Vermeidung der Beeinträchtigung von horstbewohnenden Arten“ bleibt unverändert erhalten.

Somit ergeben sich keine Änderungen in Bezug auf die artenschutzrechtliche Betrachtung.

4.2.4.10 Natura 2000

Die Änderung befindet sich außerhalb der Untersuchungsräume für Natura 2000-Gebiete. Beeinträchtigungen können daher nicht eintreten. Die 1. Deckblattänderung bedingt keine andere Beurteilung in Bezug auf die durchgeführte FFH-Vorprüfung (Register 20).

4.2.4.11 Landwirtschaft

Aufgrund des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 110 (Stadt Kaarst „Erweiterung Gewerbegebiet Holzbüttgen-Ost – Büttgen“) sowie den daraus resultierenden baulichen Veränderungen (Entwicklung von Gewerbe), die im aktuellen Luftbild sichtbar sind, mussten die Biotoptypen im Umfeld des Änderungsbereichs bzw. im Änderungsbereich der 1. Deckblattänderung selbst nachträglich angepasst werden (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.2.1 DB1 Blatt 3). Der ehemals überwiegend als landwirtschaftliche Nutzfläche kartierte Bereich wurde gemäß den Darstellungen des Bebauungsplans im Mai 2024 den Biotoptypen „Gebüsche mit überwiegend autochthonen Arten: Sonstiges Gebüsch frischer Standorte“, „Versiegelter oder sonstiger gepflasterter Verkehrs- und Betriebsweg (z. B. Straße, Start-, Landebahn)“ sowie „Industrie- und Gewerbefläche inkl. typischen Freiräumen“ zugeordnet. Durch die Änderungen der Biotoptypen und der Planung reduziert sich die temporäre Flächeninanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzfläche entsprechend um ca. 0,21 ha. Folglich ergeben sich keine nachteiligen Änderungen oder Einschränkungen in Bezug auf die in Register 25 beschriebenen landwirtschaftlichen Belange, vielmehr stellt dies eine Verbesserung gegenüber der ursprünglichen Planung dar.

4.2.4.12 Forstwirtschaft

Im Änderungsbereich befinden sich keine Waldflächen. Die Änderung hat demnach keine Änderungen oder Einschränkungen in Bezug auf die in Register 23 beschriebenen forstrechtlichen Belange zur Folge.

4.2.5 Verschiebung Mast Nr. 29B, Bl. 4207

Der südlichste Mast des antragsgegenständlichen Vorhabens (Mast Nr. 29B, Bl. 4207) wird um 66 m in Richtung Mast Nr. 29A, Bl. 4207 verschoben, welches eine Verschwenkung des Schutzstreifens zur Folge hat. Ebenso erfolgt eine Anpassung der Arbeitsfläche und eine neue Seilzugfläche wird benötigt (vgl. Register 6.5.6 DB1, Blatt 7). In Bezug auf die temporäre Flächeninanspruchnahme stellt sich die 1. Deckblattänderung in diesem Änderungsbereich ungünstiger dar als die ursprüngliche Planung. Bei der dauerhaften Flächeninanspruchnahme ergibt sich hinsichtlich der Flächengröße hingegen kein Unterschied.

Tabelle 10: Übersicht Änderung der Flächeninanspruchnahme an Mast 29B (Bl. 4207)

Fläche	BTT Code	Biotoptyp	ursprüngliche Planung [m²]	aktuelle Planung [m²]	Differenz [m²]
Arbeitsfläche	33.04b.03	Acker mit stark verarmter oder fehlender Segetalvegetation (Lössboden)	3.430	3.703	273
	39.03.02	Sonstige krautige und grasige Säume und Fluren der offenen Landschaft	0	329	329
Temporäre Zuwegung	33.04b.03	Acker mit stark verarmter oder fehlender Segetalvegetation (Lössboden)	77	123	46
	39.03.02	Sonstige krautige und grasige Säume und Fluren der offenen Landschaft	343	231	-112
Mastgeviert	33.04b.03	Acker mit stark verarmter oder fehlender Segetalvegetation (Lössboden)	169	169	0
Summe			4.019	4.555	536

4.2.5.1 Schutzgut Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit

Der Änderungsbereich weist Siedlungsabstände von über 850 m auf und befindet sich im Bereich landwirtschaftlich genutzter Flächen in unmittelbarer Nähe der Umspannanlage Rommerskirchen. Von der Mastverschiebung betroffen sind die Spannungsfelder von Mast 29 zu Mast 29A sowie von Mast 29A zu Mast 29B der Bl. 4207, diese sind Teil der Umgehung der Umspannanlage Rommerskirchen.

Die geringfügige Anpassung der Lage des Standortes des Mastes führt zu keiner Änderung von elektischen und magnetischen Feldern an den beiden zu betrachtenden maßgeblichen Immissionsorten (vgl. Kapitel 4.1.5).

Eine Relevanz hinsichtlich der Beurteilung der zu erwartenden betriebsbedingten Geräuschbelastung gemäß TA Lärm ergibt sich durch die geringfügige Anpassung des Standortes des Mastes Nr. 29B der Bl. 4207 sowie der Anpassung der erforderlichen Arbeitsflächen und deren Zuwegung insgesamt nicht.

Hinsichtlich des Baulärms lässt sich festhalten, dass sich der Abstand der Baustelle zum hier maßgeblichen Immissionsort IO76 (Am Schaltwerk 3, 50129 Bergheim) um ca. 10 m verringert. Da der Abstand zum maßgeblichen Immissionsort bereits deutlich über 900 m beträgt, hat die Mastverschiebung keine Auswirkung auf die berechneten Beurteilungspegel des Baulärms.

Folglich sind durch die Anpassung keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i.S. des UVPG zu erwarten.

4.2.5.2 Schutzgut Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt

Der Änderungsbereich liegt in keinem Schutzgebiet und betrifft auch keine weiteren geschützten Teile von Natur und Landschaft.

Sowohl wegfallender als auch neuer Maststandort, wegfallende und neue Arbeitsflächen sowie temporäre Zuwegungen liegen überwiegend auf intensiv genutztem Acker (33.04b.03 „Acker mit stark verarmter oder fehlender Segetalvegetation (Lössboden)“) und zu geringen Anteilen im Bereich von „sonstigen krautigen und grasigen Säumen und Fluren der offenen Landschaft“ (39.03.02). Die neue zusätzliche Seilzugfläche (560 m²) befindet sich ebenfalls im Bereich von Ackerflächen (33.04b.03; vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.2.1 DB1 Blatt 17). Die

genannten Biotoptypen können hinsichtlich der temporären Flächeninanspruchnahme rekultiviert und damit wieder in ihren Ausgangszustand versetzt werden. Ein Kompensationserfordernis ergibt sich hierdurch nicht. Es sind daher keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderungen zu erwarten.

Im Hinblick auf die übrigen schutzgutrelevanten Auswirkungen des Vorhabens wird auf das Kapitel 4.2.5.9 verwiesen.

4.2.5.3 Schutzgut Fläche

Das Schutzgut Fläche wird im gegenständlichen Vorhaben durch dauerhafte, anlagebedingte Flächeninanspruchnahmen durch die Fundamentköpfe erheblich beeinträchtigt (vgl. Register 17, Kap 5.3.8). Durch die Änderung verschiebt sich zwar die Lage der Fundamentköpfe, die Netto-Neuversiegelung wird hierdurch jedoch in ihrer Größe nicht verändert. Die Flächengröße der dauerhaften Flächeninanspruchnahme durch das Mastgeviert verändert sich nicht.

Die temporäre Flächeninanspruchnahme vergrößert sich aufgrund der Anpassung der Arbeitsflächen (einschließlich zusätzlicher Seilzugfläche) insgesamt um ca. 536 m². Da alle bauzeitlich beanspruchten Flächen jedoch nach Abschluss der Bauarbeiten in ihrem ursprünglichen Zustand wiederhergestellt werden können, sind insgesamt keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderung zu erwarten.

4.2.5.4 Schutzgut Boden

Die Böden im Änderungsbereich (Parabraunerde, L35) sind als sehr hoch erosionsgefährdete Böden sowie als Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung der Regler- und Pufferfunktion / natürliche Bodenfruchtbarkeit eingestuft (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.4.1 DB1 Blatt 17 und Karte 5.4.2 DB1 Blatt 17). Durch die geringe Verschiebung des Mastes und Anpassung der Arbeitsflächen sowie der temporären Zuwegungen wird kein anderer Bodentyp beansprucht und es sind keine anderen Bodeneigenschaften betroffen. Erhebliche Beeinträchtigungen durch die zusätzliche Seilzugfläche (560 m²) auf erosionsgefährdeten und schutzwürdigen Böden können durch die Maßnahme V13 unter Einbeziehung einer bodenkundlichen Baubegleitung V11 (siehe Register 18, LBP DB1) sowie der Beachtung der allgemeinen Bodenschutzmaßnahmen (V10) weitestgehend vermieden bzw. gemindert werden. Es sind daher keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderungen zu erwarten.

4.2.5.5 Schutzgut Wasser

Weder durch die wegfallende, noch durch die neue Planung sind Oberflächengewässer betroffen. Ebenfalls liegt keine Betroffenheit von Wasserschutzgebieten, Überschwemmungsgebieten oder Vorranggebieten mit Bezug zum Schutzgut Wasser vor (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.5.1 DB1 Blatt 5 und Karte 5.5.2 DB1 Blatt 5). Durch die kleinräumige Verschiebung des Maststandortes und Anpassung der Arbeitsflächen und der temporären Zuwegungen bleiben die Umweltauswirkungen in Bezug auf das Schutzgut Wasser unverändert, sie treten nur räumlich leicht verschoben auf. Insgesamt resultieren aus der geringfügigen zusätzlichen baubedingten Flächeninanspruchnahme (536 m²) unter Berücksichtigung der in Kap. 5.5.6.1 und 5.5.6.2 von Register 17 aufgeführten Merkmale und geplanten Vermeidungsmaßnahmen des Vorhabens keine erheblichen Beeinträchtigungen des Schutzgutes Wasser (vgl. Reg. 17, Kap. 5.5.7). Es sind daher keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderungen zu erwarten.

4.2.5.6 Schutzgut Luft und Klima

Für das Vorhaben konnten insgesamt erhebliche nachteilige Auswirkungen auf das Schutzgut Luft und Klima ausgeschlossen werden, da es nicht die dazu relevanten Dimensionen aufweist. Dies gilt ebenfalls im Hinblick auf die Inhalte der 1. Deckblattänderung.

Infolge der kleinräumigen Anpassung sind somit keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG zu erwarten.

4.2.5.7 Schutzgut Landschaft

Sowohl der wegfallende Maststandort als auch der neue Maststandort liegen in einer Landschaft mit mittlerer Bedeutung für die Landschaftspflege und die naturbezogene Erholung (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.7.1 DB1, Bl.4). Die Änderung umfasst eine geringfügige Verschiebung des Maststandortes sowie der bauzeitlichen Zuwegung und eine geringfügige Vergrößerung der Arbeitsflächen. Masttyp und Masthöhe bleiben unverändert, so dass sich hieraus gegenüber der ursprünglichen Planung keine anderen und/oder schwerwiegenderen Auswirkungen auf das Schutzgut ergeben. Im Hinblick auf die konstatierte visuelle Neubelastung des Landschaftsbildes ergibt sich durch die Mastverschiebung westlich von Ingendorf eine geringfügig größere visuelle Neubelastung von ca. 940 m². Da die visuelle Vorbelastung durch die weiteren Masten in der Umgebung unverändert ist, ergibt sich durch die Mastverschiebung keine wegfallende visuelle Neubelastung (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.7.2 DB1, Bl.4).

Weder die wegfallende noch die neue temporäre Zuwegung sieht einen Eingriff in landschaftsprägende Vegetationselemente vor. Gleiches gilt für die wegfallende bzw. neue Arbeitsfläche.

Insgesamt sind infolge der Änderung keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG zu erwarten.

4.2.5.8 Schutzgut Kulturelles Erbe und Sonstige Sachgüter

Der Änderungsbereich betrifft keine Grabungsschutzgebiete, UNESCO-Stätten und Fundstellen bzw. Bodendenkmale (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.8.1 DB1, Bl.4). Visuelle Auswirkungen auf Kulturdenkmäler sind mit der geringen Lageverschiebung des Standortes von Mast Nr. 29B, Bl. 4207 sowie der geringen Lageverschiebung der Arbeitsfläche und der bauzeitlichen Zuwegung ebenfalls nicht verbunden. Da es sich um eine kleinräumige Anpassung handelt, die nur mit einer geringfügigen Vergrößerung der temporären Flächeninanspruchnahme einhergeht, sind keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG zu erwarten.

4.2.5.9 Artenschutz

Durch die Verschiebung des Mastes 29B, Bl. 4207 wird bezogen auf den kartierten Biotoptyp / Lebensraum der gleiche wie zuvor in Anspruch genommen (33.04b.03 Acker mit stark verarmter oder fehlender Segetalvegetation (Lössboden)) (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.2.1 DB1 Blatt 17).

Für das im Änderungsbereich kartierte Revier des Rebhuhns ergeben sich keine veränderten Betroffenheiten (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.2.2 DB1 Blatt 11). Die am Mast 29B der Bl. 4207 bzw. für dessen Arbeitsflächen zu treffenden Maßnahmen V03 „Vermeidung der Beeinträchtigung von bodenbrütenden Vogelarten (Vergrämung)“ (Aufstellen von Flatterband) und V04 „Zeitliche Beschränkung der Bautätigkeit und der Unterhaltungsmaßnahmen (störungsempfindliche Brutvögel)“ in Verbindung mit V01 „Ökologische Baubegleitung“ gelten weiterhin (vgl. Reg. 19, Kap 6.2.2.1 und Kap. 6.2.2.4).

In Bezug auf das Kollisionsrisiko ergibt sich über die Verschiebung des Maststandortes und die daraus folgende geringfügige Verkürzung des Spannungsfeldes keine veränderte Einstufung der Konfliktintensität. Aufgrund der starken Vorbelastung in diesem Bereich durch die Umspannanlage, vorhandene Freileitungen und den Windpark kommt es in diesem Bereich zu keiner signifikanten Erhöhung des Mortalitätsrisikos für Vögel durch Leitungsanflug (Kollision) (vgl. Reg. 19, Kap. 6.2.2.6).

Somit ergeben sich keine Änderungen in Bezug auf die artenschutzrechtliche Betrachtung.

Hinsichtlich der Maßnahme V17 wird auf Kapitel 4.2.7 verwiesen.

4.2.5.10 Natura 2000

Die Änderung an Mast 29B, Bl. 4207 (einschließlich Anpassung der Arbeitsfläche und Zuwegung) befindet sich außerhalb der Untersuchungsräume für Natura 2000-Gebiete. Beeinträchtigungen können daher nicht eintreten. Die 1. Deckblattänderung bedingt keine andere Beurteilung in Bezug auf die durchgeführte FFH-Vorprüfung (Register 20).

4.2.5.11 Landwirtschaft

Bei der Verschiebung von Mast Nr. 29B, Bl. 4207 liegen sowohl wegfallender als auch neuer Maststandort auf intensiv genutzter Ackerfläche. Die durch das Mastgeviert dauerhaft in Anspruch genommene landwirtschaftlich genutzte Fläche ändert sich dadurch nicht. Durch die Verschiebung des Mastes werden zusätzlich ca. 0,03 ha landwirtschaftliche Nutzfläche temporär in Anspruch genommen, die nach Abschluss der Bauarbeiten der landwirtschaftlichen Nutzung wieder zur Verfügung stehen. Somit werden durch die Mastverschiebung keine zusätzlichen Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung dauerhaft entzogen. Folglich ergeben sich darüber hinaus keine weiteren Änderungen oder Einschränkungen in Bezug auf die in Register 25 beschriebenen landwirtschaftlichen Belange.

Im Vergleich zur ursprünglichen Planung ergeben sich für die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen nunmehr Vorteile (vgl. Beschreibung in Kapitel 3.5).

4.2.5.12 Forstwirtschaft

Im Änderungsbereich befinden sich keine Waldflächen. Die Änderung hat demnach keine Änderungen oder Einschränkungen in Bezug auf die in Register 23 beschriebenen forstrechtlichen Belange zur Folge.

4.2.6 Ergänzung Zuwegungen Provisorien

Die Antragsunterlagen werden im Bereich dieser 1. Deckblattänderung um drei temporäre Zuwegungen zu den Baueinsatzkabeln ergänzt (vgl. Register 6.6.1 DB1, Blatt 1001 und vgl. Register 6.7.1 DB1, Blatt 1).

Tabelle 11: Übersicht Änderung der Flächeninanspruchnahme im Bereich der Zuwegungen zu den Provisorien

Fläche	BTT Code	Biotoptyp	ursprüngliche Planung [m²]	aktuelle Planung [m²]	Differenz [m²]
Temporäre Zuwegung	39.03.02	Sonstige krautige und grasige Säume und Fluren der offenen Landschaft	0	90	90
	41.07	Gehölzplantagen und Hopfenkulturen (hier: Weihnachtsbaumkultur)	0	491	491
Summe			0	581	581

4.2.6.1 Schutzgut Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit

Der Änderungsbereich befindet sich im Bereich landwirtschaftlich genutzter Flächen südlich von Osterath.

Das Erfordernis zusätzlicher bauzeitlicher Zuwegungen zu den Provisorien führt zu keiner Änderung von elektischen und magnetischen Feldern. Bei den bau- und betriebsbedingten Ge-

räuschemissionen ergeben sich ebenfalls keine Änderungen an den Immissionsorten (vgl. Kapitel 4.1.6). Folglich sind durch die Anpassung keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i.S. des UVPG zu erwarten.

4.2.6.2 Schutzgut Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt

Der Änderungsbereich liegt zu Teilen in der Zone III des Wasserschutzgebiets „Osterath“. Weitere Schutzgebiete oder geschützte Teile von Natur und Landschaft sind nicht betroffen (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.2.1 DB1 Blatt 1).

Die temporäre Flächeninanspruchnahme über die ergänzten Zuwegungen beträgt 581 m² und betrifft die Biotoptypen „sonstige krautige und grasige Säume und Fluren der offenen Landschaft“ (39.03.02) sowie „Gehölzplantagen und Hopfenkulturen“ (41.07; hier: Weihnachtsbaumkultur) (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.2.1 DB1 Blatt 1). Die genannten Biotoptypen können hinsichtlich der temporären Flächeninanspruchnahme rekultiviert und damit wieder in ihren Ausgangszustand versetzt werden. Ein Kompensationserfordernis ergibt sich hierdurch nicht. Es sind daher, auch vor dem Hintergrund der geringfügigen zusätzlichen temporären Flächeninanspruchnahme, keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderungen zu erwarten.

Im Hinblick auf die übrigen schutzgutrelevanten Auswirkungen des Vorhabens wird auf das Kapitel 4.2.6.9 verwiesen. Die Betroffenheit von Wasserschutzgebieten wird in Kapitel 4.2.6.5 behandelt.

4.2.6.3 Schutzgut Fläche

Die geänderten temporären, baubedingten Flächeninanspruchnahmen durch zusätzliche Zuwegungen im Bereich der Provisorien wirken sich auf das Schutzgut Fläche nicht erheblich nachteilig aus. Es sind daher insgesamt keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderung zu erwarten.

4.2.6.4 Schutzgut Boden

Die Böden im Änderungsbereich (Parabraunerde, L331) sind als sehr hoch erosionsgefährdete Böden, als Böden mit großem Wasserrückhaltevermögen im 2-Meter-Raum mit hoher Funktionserfüllung der Regulations- und Kühlungsfunktion sowie als Böden mit sehr hohem Leistungsvermögen eingestuft (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.4.1 DB1 Blatt 1 und Karte 5.4.2 DB1 Blatt 1).

Erhebliche Beeinträchtigungen durch die zusätzliche bauzeitliche Flächeninanspruchnahme (insgesamt 581 m²) aufgrund der ergänzten temporären Zuwegungen im Bereich der Provisorien auf erosionsgefährdeten und schutzwürdigen Böden können durch die Vermeidungsmaßnahme V13 unter Einbeziehung einer bodenkundlichen Baubegleitung (V11) (siehe Register 18, LBP DB1) sowie der Beachtung der allgemeinen Bodenschutzmaßnahmen (V10) weitestgehend vermieden bzw. gemindert werden werden. Erheblich nachteilige Auswirkungen i. S. des UVPG sind im Änderungsbereich somit nicht zu erwarten.

4.2.6.5 Schutzgut Wasser

Die ergänzten Zuwegungen im Bereich der Provisorien (insgesamt 581 m²) liegen zu Teilen in der Zone IIIA des Wasserschutzgebiets „Osterath“ und innerhalb eines Vorranggebiets für den Grundwasser- und Gewässerschutz (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.5.1 DB1 Blatt 1). Oberflächengewässer sind nicht betroffen. Insgesamt resultieren aus der geringfügigen zusätzlichen baubedingten Flächeninanspruchnahme unter Berücksichtigung der in Kap. 5.5.6.1 und 5.5.6.2 von Register 17 aufgeführten Merkmale und geplanten Vermeidungsmaßnahmen des Vorhabens keine erheblichen Beeinträchtigungen des Schutzgutes Wasser (vgl. Reg. 17, Kap. 5.5.7).

4.2.6.6 Schutzgut Luft und Klima

Für das Vorhaben konnten insgesamt erhebliche nachteilige Auswirkungen auf das Schutzgut Luft und Klima ausgeschlossen werden, da es nicht die dazu relevanten Dimensionen aufweist. Dies gilt ebenfalls im Hinblick auf die Inhalte der 1. Deckblattänderung.

Infolge der kleinräumigen Anpassung sind somit keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG zu erwarten.

4.2.6.7 Schutzgut Landschaft

Der Änderungsbereich liegt in einer Landschaft mit mittlerer Bedeutung für die Landschaftspflege und die naturbezogene Erholung (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.7.1 DB1, Bl.1). Die Änderung umfasst die Errichtung zusätzlicher bauzeitlicher Zuwegungen im Bereich der Provisorien.

Landschaftsprägende Vegetationselemente sind von den zusätzlichen temporären Zuwegungen nicht betroffen, so dass sich keine visuellen Auswirkungen auf das Landschaftsbild ergeben.

Infolge der Änderung sind somit insgesamt keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG zu erwarten.

4.2.6.8 Schutzgut Kulturelles Erbe und Sonstige Sachgüter

Der Änderungsbereich betrifft keine Grabungsschutzgebiete, UNESCO-Stätten und Fundstellen bzw. Bodendenkmale (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.8.1 DB1, Bl.1). Visuelle Auswirkungen auf Kulturdenkmäler sind mit den zusätzlich erforderlichen bauzeitlichen Zuwegungen im Bereich der Provisorien ebenfalls nicht verbunden. Da es sich um eine kleinräumige Anpassung handelt, sind keine zusätzlichen erheblich nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG zu erwarten.

4.2.6.9 Artenschutz

Durch die ergänzten temporären Zuwegungen zu den Provisorien werden weitere Flächen in Anspruch genommen. Dabei handelt es sich um die Biotoptypen / Lebensräume „sonstige krautige und grasige Säume und Fluren der offenen Landschaft“ (39.03.02) sowie „Gehölzplantagen und Hopfenkulturen“ (41.07, hier: Weihnachtsbaumkultur) (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.2.1 DB1 Blatt 1).

Der Änderungsbereich liegt zum Teil innerhalb je eines Brutreviers des Bluthänflings und des Schwarzkehlchens (sicherer Brutnachweis) (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.2.2 DB1 Blatt 1).

Durch die zusätzliche baubedingte Flächeninanspruchnahme der Weihnachtsbaumkultur im Umfang von 491 m² wird das potenzielle Bruthabitat des Bluthänflings weiter verkleinert und zudem zerschnitten. Über das aktuelle Luftbild ist zu erkennen, dass auch über die Baufeldfreimachung für den Bau des Konverters Meerbusch und dessen Wegeplanung Teilbereiche der Weihnachtsbaumkultur entfernt werden mussten. Ebenfalls liegt eine weitere Zerschneidung und Entfernung der Kultur über den Korridor des Vorhabens A-Nord vor (vgl. Reg. 17, Anhang A, Karte 5.2.2 DB1 Blatt 1, schlauchförmiger Rodungsbereich innerhalb der Kultur). Die bei der projektbezogenen Kartierung festgestellten zwei Reviere des Bluthänflings im Bereich der Weihnachtsbaumkultur sind demnach stark von der Flächeninanspruchnahme des gegenständlichen Vorhabens und von weiteren Vorhaben betroffen. Grundsätzlich brütet die Art in lockeren Brutgemeinschaften (2-12 Brutpaare) mit gelegentlicher Zusammenballung von Nestern bei geklumptem Nistplatzangebot (LANUV, 2024; vgl. Reg. 19, Kap. 6.2.2.1). Aufgrund dieser Anpassungsfähigkeit der Art und der ausreichend großen verbleibenden Fläche von ca. 4,6 ha, ist ein Ausweichen auf angrenzende verbleibende Bereiche der Weihnachtsbaumkultur weiterhin möglich. Die bereits für den Bereich der Provisorien getroffenen Maßnahmen V02 „Zeitliche Beschränkung der Baufeldfreimachung (Brutvögel)“ und V04 „Zeitliche Beschränkung der Bautätigkeit und der Unterhaltungsmaßnahmen (störungsempfindliche

Brutvögel)“ in Verbindung mit V01 „Ökologische Baubegleitung“ sind auch für die direkt angrenzenden ergänzten temporären Zuwegungen zu ergreifen. Für die Art Bluthänfling sind hierbei ausschließlich die Maßnahmen V01 und V02 zu ergreifen, da es sich um keine störungsempfindliche Brutvogelart handelt.

Der kartierte Niststandort des Schwarzkehlchens befand sich am Südrand der Weihnachtsbaumkultur. Dieser Bereich wurde bereits im Zuge vom Bau des Konverters Meerbusch entfernt. Da das Schwarzkehlchen, das jedes Jahr ein neues Nest baut, eine hohe Brutplatztreue aufweist, ist davon auszugehen, dass es nach Entfernung der Weihnachtsbaumkultur im Bereich des ehemaligen Niststandortes innerhalb des Reviers nach Norden in den südlichen Bereich des noch vorhandenen Bestands der Weihnachtsbaumkultur ausgewichen ist. Die beiden im Revier des Schwarzkehlchens geplanten Zuwegungen liegen ca. 109 m bzw. 126 m nördlich der südlichen Grenze der Weihnachtsbaumkultur. Aufgrund der hohen Brutplatztreue der Art ist eher unwahrscheinlich, dass der Niststandort im Bereich der temporären Zuwegungen liegt. Das ursprüngliche Revier hatte eine Gesamtgröße von ca. 1,5 ha, wovon noch ca. 0,9 ha im Bereich der vorhandenen und zu erhaltenen Weihnachtsbaumkultur liegen. Westlich an das Revier angrenzend befinden sich innerhalb der Weihnachtsbaumkultur weitere Ausweichpotenziale in einer Größe von ca. 0,5 ha, die erhalten bleiben. Die Anlage eines Ausweichhabitats ist somit nicht erforderlich. Durch die Baufeldfreimachung im Zeitraum 01. Oktober bis 28. Februar (V02) und da das Schwarzkehlchen jedes Jahr ein neues Nest baut, ist gewährleistet, dass es durch die Baufeldfreimachung nicht zu einer Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten des Schwarzkehlchens kommt. Nach Baufeldfreimachung erfolgt auf den Flächen der temporären Zuwegungen eine Vergrämung mit Flatterband (V03), um eine Ansiedlung der Art auf den Eingriffsflächen zu vermeiden. Die Wirksamkeit der Maßnahme wird durch die Ökologische Baubegleitung (V01) vor Beginn der Bauarbeiten und auch während eventueller Bauunterbrechungen durch Kontrolle der Flächen sichergestellt. Dementsprechend sind für die Art Schwarzkehlchen die Maßnahmen V01, V02 und V03 zu ergreifen.

Die Weihnachtsbaumkultur ist aufgrund ihres besonders sandigen Substrats zudem eine potenzielle Ruhestätte der Kreuzkröte im Winter. Auf dem Gelände sind insbesondere nach Fällungen oder unmittelbar nach Neupflanzungen besonders geeignete Bedingungen als Ruhestätte für die Art der Kreuzkröte zu erwarten, da offene und sandige Bereiche vorliegen, die von der Art bevorzugt werden (vgl. Reg. 19, Kap. 6.6.2.1). Für die Flächen der ergänzten Zuwegungen zu den Provisorien (hier: Baueinsatzkabel, kurz: BEK) sind ebenso wie für die Baueinsatzkabel die Tannenbäume im Vorfeld der Baumaßnahme zu fällen, um die Flächen befahren zu können. Die Schaffung eines offenen sandigen Bereichs durch Fällung der Tannenbäume führt zu einer Steigerung der Eignung der Fläche als Lebensstätte für die Kreuzkröte. Im zu befahrenden Bereich werden Fahrplatten oder Ähnliches ausgelegt, die den Zugang zum Rohboden in diesen Bereichen unterbinden und entsprechend die Eignung der Fläche als Lebensstätte senken. Dementsprechend können über die Baufeldfreimachung im Bereich der BEK und der temporären Zuwegungen potenzielle Ruhestätten der Kreuzkröte betroffen sein.

Die für die Flächen der Baueinsatzkabel getroffene Maßnahme V08 „Vermeidung der Beeinträchtigung von Amphibien (Schutzzäun)“ ist ebenfalls für die ergänzten Zuwegungen zu ergreifen, um Individuenverluste der Kreuzkröte zu vermeiden. Die Maßnahme sieht vor, dass die Flächen für BEK und deren temporäre Zuwegungen im Vorfeld der Fällungen und nach Verlassen der Winterquartiere (ca. Anfang Mai) mit Amphibienschutzzäunen eingefasst werden. Zwischen dem Aufstellen der Schutzzäune (Anfang Mai) und der Gehölzfällung (Oktober bis Februar) sind die durch Zäune eingefassten Bereiche regelmäßig auf noch verbliebene Kreuzkröten zu untersuchen (Nutzung von künstlichen Verstecken, Eimerfallen am Rand der Schutzzäune) und gefangene Kreuzkröten zu den Laichplätzen zu bringen. Folglich wird sichergestellt, dass zum Zeitpunkt der Fällungen im Winter keine Kreuzkröten Ruhestätten im betroffenen Bereich der Weihnachtsbaumkultur aufsuchen. Entsprechend der räumlichen

Nähe der Arbeitsflächen von Neubaumast 1 und 2 (Bl. 4688) sowie der Flächen für Baueinsatzkabel (Acker, Weihnachtsbaumkultur) und deren temporären Zuwegungen sind diese in ihrer Gesamtheit einzuzäunen (vgl. Reg. 18, Anh B DB1, Maßnahmenblatt V08).

Für die Arten Bluthänfling, Schwarzkehlchen und Kreuzkröte sind entsprechend ergänzende Vermeidungsmaßnahmen erforderlich (vgl. Reg. 18, Anh B DB1 und Reg. 18, Anhang A, Karte1 DB1).

4.2.6.10 Natura 2000

Die Änderung befindet sich außerhalb der Untersuchungsräume für Natura 2000-Gebiete. Beeinträchtigungen können daher nicht eintreten. Die 1. Deckblattänderung bedingt keine andere Beurteilung in Bezug auf die durchgeführte FFH-Vorprüfung (Register 20).

4.2.6.11 Landwirtschaft

Durch die ergänzten Zuwegungen sind ca. 0,06 ha landwirtschaftliche Nutzfläche (hier: Weihnachtsbaumkultur) zusätzlich betroffen, die nach Abschluss der Baumaßnahmen der landwirtschaftlichen Nutzung wieder zur Verfügung steht. Somit werden keine Flächen dauerhaft der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen. Folglich ergeben sich darüber hinaus keine weiteren Änderungen oder Einschränkungen in Bezug auf die in Register 25 beschriebenen landwirtschaftlichen Belange.

4.2.6.12 Forstwirtschaft

Im Änderungsbereich befinden sich keine Waldflächen. Die Änderung hat demnach keine Änderungen oder Einschränkungen in Bezug auf die in Register 23 beschriebenen forstrechtlichen Belange zur Folge.

4.2.7 Änderung Maßnahme VCEF01

Die CEF-Maßnahme V_{CEF}01 wird in die Vermeidungsmaßnahme V17 geändert, ebenfalls verändert sich inhaltlich die Ausgestaltung der Maßnahme. Anstatt des im Einzelfall vorgesehenen Fangs und Umsetzens von Feldhamster-Individuen ist das Maßnahmenkonzept für den Feldhamster um den Aspekt der Vergrämung (Anlage einer Schwarzbrache) ergänzt worden.

4.2.7.1 Schutzgut Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit

Die Änderung der CEF-Maßnahme in eine Vermeidungsmaßnahme hat keine Auswirkungen auf das Schutzgut „Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit“. Es sind daher keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderungen zu erwarten.

4.2.7.2 Schutzgut Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt

Die Maßnahme V_{CEF}01 wird in die Maßnahme V17 geändert. Somit können mögliche Konflikte, welche mit der ursprünglich vorgesehenen CEF Maßnahme bestanden hätten, einerseits ausgeschlossen und andererseits artenschutzrechtliche Verbote weiterhin vermieden werden.

Die Änderung der CEF-Maßnahme in eine Vermeidungsmaßnahme hat keine Auswirkungen auf Schutzgebiete oder andere geschützte Teile von Natur und Landschaft sowie auf die Flächeninanspruchnahme von Biotoptypen. Es sind daher keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderungen zu erwarten.

Im Hinblick auf die übrigen schutzgutrelevanten Auswirkungen des Vorhabens wird auf das Kapitel 4.2.7.9 verwiesen.

4.2.7.3 Schutzgut Fläche

Die Änderung der CEF-Maßnahme in eine Vermeidungsmaßnahme hat keine Auswirkungen auf das Schutzgut Fläche. Es sind daher keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderungen zu erwarten.

4.2.7.4 Schutzgut Boden

Die Änderung der CEF-Maßnahme in eine Vermeidungsmaßnahme hat keine Auswirkungen auf das Schutzgut Boden. Es sind daher keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderungen zu erwarten.

4.2.7.5 Schutzgut Wasser

Die Änderung der CEF-Maßnahme in eine Vermeidungsmaßnahme hat keine Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser. Es sind daher keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderungen zu erwarten.

4.2.7.6 Schutzgut Luft und Klima

Die Änderung der CEF-Maßnahme in eine Vermeidungsmaßnahme hat keine Auswirkungen auf das Schutzgut Luft und Klima. Es sind daher keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderungen zu erwarten.

4.2.7.7 Schutzgut Landschaft

Die Änderung der CEF-Maßnahme in eine Vermeidungsmaßnahme hat keine Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft. Es sind daher keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderungen zu erwarten.

4.2.7.8 Schutzgut Kulturelles Erbe und Sonstige Sachgüter

Die Änderung der CEF-Maßnahme in eine Vermeidungsmaßnahme hat keine Auswirkungen auf das Schutzgut „Kulturelles Erbe und Sonstige Sachgüter“. Es sind daher keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderungen zu erwarten.

4.2.7.9 Artenschutz

Im Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag (Reg. 19) wurde ehemals die CEF-Maßnahme V_{CEF01} zum Schutz des Feldhamsters vorgesehen. Diese wird im Rahmen der 1. Deckblattänderung in die Vermeidungsmaßnahme V17 geändert.

Anstatt des im Einzelfall vorgesehenen Fangs und Umsetzens von Feldhamster-Individuen ist das Maßnahmenkonzept für den Feldhamster um den Aspekt der Vergrämung (Anlage einer Schwarzbrache) ergänzt worden (vgl. Reg. 18, Anh. B DB1, Maßnahmenblatt V17). Dabei wurde nach erneuter Prüfung der bekannten Sachlage zur Art des Feldhamsters die Anzahl der Masten der Bl. 4207, an denen die Vermeidungsmaßnahme V17 für die Art des Feldhamsters zu ergreifen ist, korrigiert. Bereits im Rahmen des § 19 Antrags auf Planfeststellungsbeschluss und der zugehörigen Planungsraumanalyse für den Abschnitt Osterath – Rommerskirchen wurde ermittelt, dass sich das potenzielle Vorkommensgebiet des Feldhamsters vom Bereich südlich der Knechtstedener Straße bei Anstel bis zur Umspannanlage Rommerskirchen erstreckt (Masten 9 bis 29, 29A und 29B der Bl. 4207). Die Verkehrsstraße wurde als natürliche Barriere für die nördliche Verbreitung der Art eingestuft und nur die südlich liegende Agrarlandschaft als geeignetes Habitat und Raum der Feldhamster-Stützungsansiedlung bewertet.

Eine detaillierte Darlegung der Maßnahme ist dem Maßnahmenblatt zu entnehmen (vgl. Reg. 18, Anh. B DB1, Maßnahmenblatt V17). Da der Fang und das Umsetzen von Feldhamstern in der neu konzipierten Maßnahme nicht mehr vorgesehen sind, entfällt die Karte 4 des LBP (Reg. 18, Anh A, Karte 4 „Umsetzungsflächen für den Feldhamster“).

4.2.7.10 Natura 2000

Die Änderung der CEF-Maßnahme in eine Vermeidungsmaßnahme hat keine Auswirkungen auf Natura 2000-Gebiete. Beeinträchtigungen können daher nicht eintreten. Die 1. Deckblattänderung bedingt keine andere Beurteilung in Bezug auf die durchgeführte FFH-Vorprüfung (Register 20).

4.2.7.11 Landwirtschaft

Die Änderung der CEF-Maßnahme betrifft die Art des Feldhamsters, für die Ackerflächen den Hauptlebensraum darstellen. Der Fang und das Umsetzen von Feldhamstern entfällt im Maßnahmenblatt der neuen Vermeidungsmaßnahme V17. Um eine Tötung oder Störung der Art im Bereich der Baustelleneinrichtungsflächen zu vermeiden, soweit diese dort bereits Baue angelegt haben oder diese noch vor Beginn der Baumaßnahmen anlegen könnten, wurde die Maßnahme V17 um den Aspekt der Vergrämung erweitert. Im Zuge der Vergrämung ist im Bereich der betroffenen Baustelleneinrichtungsflächen eine Schwarzbrache anzulegen, um die Individuen von der für die Baumaßnahme in Anspruch zu nehmenden Fläche zu vergrämen oder die Attraktivität der Fläche als potenzielle Lebensstätte zu reduzieren, damit bis zur Aufnahme der Baumaßnahme keine Baue im betroffenen Bereich angelegt werden. Die Maßnahme der Vergrämung wird im Einzelfall von der Ökologischen Baubegleitung (ÖBB) festgelegt. Bei Ergreifen der Vergrämung als Teilmaßnahme des Maßnahmenkonzepts zum Schutz des Feldhamsters (vgl. Reg. 18, Anh B V17) wird eine Bewirtschaftung der betroffenen Fläche entsprechend behindert. Die zeitliche Dauer der Vergrämung kann stark variieren, da sie vom Bauablauf und dem wirksamen Abwandern der Einzeltiere abhängig ist. Nach Abschluss der Baumaßnahmen werden die betroffenen landwirtschaftlichen Nutzflächen wiederhergestellt. Somit werden keine Flächen dauerhaft der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen. Folglich ergeben sich darüber hinaus keine weiteren Änderungen oder Einschränkungen in Bezug auf die in Register 25 beschriebenen landwirtschaftlichen Belange.

4.2.7.12 Forstwirtschaft

Im Änderungsbereich befinden sich keine Waldflächen. Die Änderung hat demnach keine Änderungen oder Einschränkungen in Bezug auf die in Register 23 beschriebenen forstrechtlichen Belange zur Folge.

4.2.8 Ergänzung Maßnahme V18

In Anhang B des Landschaftspflegerischen Begleitplans (Register 18) wird die Maßnahme V18 „Vermeidung einer potenziellen Beeinträchtigung des Nachtkerzen-Schwärmers“ ergänzt.

Durch eine Kontrolle der Eingriffsflächen auf Futterpflanzen und geeignete Maßnahmen bei Nachweis von Futterpflanzen können eine Beeinträchtigung der potenziell vorkommenden Schmetterlingsart Nachtkerzen-Schwärmer und damit artenschutzrechtliche Konflikte vermieden werden.

4.2.8.1 Schutzgut Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit

Die Ergänzung der Vermeidungsmaßnahme V18 hat keine Auswirkungen auf das Schutzgut „Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit“. Es sind daher keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Ergänzung zu erwarten.

4.2.8.2 Schutzgut Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt

Durch die Ergänzung der Vermeidungsmaßnahme V18 können artenschutzrechtliche Konflikte bei Vorkommen des Nachtkerzen-Schwärmers vermieden werden.

Von den von der Maßnahme V18 betroffenen Flächen liegen die Arbeitsfläche und temporäre Zuwegung an Mast 1056 der Bl. 4570 im „LSG-Südpark“ (LSG-4806-0001) sowie die Arbeitsfläche und temporäre Zuwegung an Mast 29 der Bl. 4206 im „LSG-Erftaue mit Niederungstal und Gillbachniederung“ (LSG-4805-0001). Die weiteren Flächen, die von der Maßnahme V18 betroffen sind, befinden sich nicht im Bereich von Schutzgebieten oder anderen geschützten Teilen von Natur und Landschaft.

Die Ergänzung dieser Maßnahme hat keine Auswirkungen auf Schutzgebiete oder andere geschützte Teile von Natur und Landschaft sowie auf die Flächeninanspruchnahme von Biotoptypen. Es sind daher keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderungen zu erwarten.

Im Hinblick auf die übrigen schutzgutrelevanten Auswirkungen des Vorhabens wird auf das Kapitel 4.2.8.9 verwiesen.

4.2.8.3 Schutzgut Fläche

Die Ergänzung der Vermeidungsmaßnahme V18 hat keine Auswirkungen auf das Schutzgut Fläche. Es sind daher keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderungen zu erwarten.

4.2.8.4 Schutzgut Boden

Aufgrund der kleinflächigen und nur im Einzelfall zu ergreifenden Übertragung von Boden auf benachbarte Flächen, sind relevante Auswirkungen auf den Bodenkörper auszuschließen. Die Sodenübertragung wird zudem im Umfeld der betroffenen Fläche umgesetzt, die mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit den gleichen Bodentyp aufweist. Die Ergänzung der Vermeidungsmaßnahme V18 hat somit keine Auswirkungen auf das Schutzgut Boden. Es sind daher keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderungen zu erwarten.

4.2.8.5 Schutzgut Wasser

Die Ergänzung der Vermeidungsmaßnahme V18 hat keine Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser. Es sind daher keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderungen zu erwarten.

4.2.8.6 Schutzgut Luft und Klima

Die Ergänzung der Vermeidungsmaßnahme V18 hat keine Auswirkungen auf das Schutzgut Luft und Klima. Es sind daher keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderungen zu erwarten.

4.2.8.7 Schutzgut Landschaft

Die Ergänzung der Vermeidungsmaßnahme V18 hat keine Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft. Es sind daher keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderungen zu erwarten.

4.2.8.8 Schutzgut Kulturelles Erbe und Sonstige Sachgüter

Die Ergänzung der Vermeidungsmaßnahme V18 hat keine Auswirkungen auf das Schutzgut „Kulturelles Erbe und Sonstige Sachgüter“. Es sind daher keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Auswirkungen i. S. des UVPG infolge der Änderungen zu erwarten.

4.2.8.9 Artenschutz

Die Schmetterlingsart Nachtkerzen-Schwärmer (FFH-Anh. IV) war zum Zeitpunkt der Erstellung der Planfeststellungsunterlagen nicht als planungsrelevante Art innerhalb des Untersuchungsgebietes gelistet. Auch die Datenrecherche ergab keine Hinweise auf ein Vorkommen des Nachtkerzen-Schwärmers im Untersuchungsgebiet. Da der Nachtkerzen-Schwärmer gemäß der aktuellen Datenlage auf dem Messtischblatt (MTB) 4806-1 und MTB 4705-4 (Stand Juni 2024 LANUV) als planungsrelevante Art hinzugekommen ist und ein Vorkommen der Art innerhalb der Eingriffsbereiche nicht auszuschließen ist, wird vorsorglich mit der 1. Deckblattänderung zusätzlich das Maßnahmenblatt V18 „Vermeidung einer potenziellen Beeinträchtigung des Nachtkerzen-Schwärmers“ erstellt.

Als Ausgangszustand der Maßnahmenflächen werden im Maßnahmenblatt Biotoptypen aufgeführt, in denen die Raupenfutterpflanzen des Nachtkerzen-Schwärmers (Nachtkerze, Weidenröschen-Arten, Blutweiderich) vorkommen können. Zudem werden Eingriffsbereiche aufgeführt, in denen diese Biotoptypen vorkommen. Auf diesen Flächen erfolgt vor Baubeginn eine Kontrolle auf das Vorkommen von Raupenfutterpflanzen. Bei Vorkommen dieser Pflanzenarten werden Maßnahmen zur Vermeidung der Beeinträchtigung der potenziell betroffenen Art Nachtkerzen-Schwärmer aufgeführt, so dass artenschutzrechtliche Konflikte vermieden werden können. Die Einhaltung der Maßnahme wird durch die Ökologische Baubegleitung (V01) kontrolliert. Die Maßnahme V18 wird im Bauzeitenplan (Register 18, Anhang D) ergänzt und die Karte 1 „Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen“ (Register 18, Anhang A) wird im Rahmen der 1. Deckblattänderung ebenfalls entsprechend angepasst.

Eine detaillierte Darlegung der Maßnahme ist dem Maßnahmenblatt zu entnehmen (vgl. Reg. 18, Anh. B DB1, Maßnahmenblatt V18).

4.2.8.10 Natura 2000

Die Ergänzung der Vermeidungsmaßnahme V18 hat keine Auswirkungen auf Natura 2000-Gebiete. Beeinträchtigungen können daher nicht eintreten. Die 1. Deckblattänderung bedingt keine andere Beurteilung in Bezug auf die durchgeführte FFH-Vorprüfung (Register 20).

4.2.8.11 Landwirtschaft

Die Ergänzung der Vermeidungsmaßnahme V18 betrifft auf den Eingriffsflächen unter anderem auch Ackerbrachen auf Lehm- und Tonboden in einem Umfang von 25 m² und extensiv genutztes, frisches Dauergrünland in einem Umfang von 2.631 m².

Bei Vorkommen von Raupenfutterpflanzen des Nachtkerzen-Schwärmers auf diesen Eingriffsflächen, sind diese nach Möglichkeit auszusparen und mit einem Schutzzaun zu versehen. Infolgedessen würde sich die temporäre Flächeninanspruchnahme landwirtschaftlich genutzter Flächen verringern.

Ist eine Anpassung der Flächen auf Ackerbrachen oder Dauergrünland nicht möglich oder befinden sich Raupenfutterpflanzen (Wirtspflanzen) im Bereich von Baugruben, werden die Pflanzen inklusive potenziell an der Pflanze oder in der oberen Bodenschicht (Überwinterung) vorhandener Entwicklungsstadien z.B. durch Sodenübertragung auf benachbarte Flächen umgesiedelt. Dies würde zu einer geringfügigen zusätzlichen temporären Flächeninanspruchnahme bei Ackerbrachen oder Dauergrünland führen. Besonders geeignet erscheinen jedoch die bei landwirtschaftlichen Nutzflächen ausgebildeten Saumstrukturen an den Rändern der jeweiligen Fläche. Da keine Flächen dauerhaft der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen werden, ergeben sich keine wesentlichen Änderungen oder Einschränkungen in Bezug auf die in Register 25 beschriebenen landwirtschaftlichen Belange.

4.2.8.12 Forstwirtschaft

Im Änderungsbereich befinden sich keine Waldflächen. Die Änderung hat demnach keine Änderungen oder Einschränkungen in Bezug auf die in Register 23 beschriebenen forstrechtlichen Belange zur Folge.

5. Literaturverzeichnis

LANUV (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen) (2024): Informationsportal "Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen". <https://artenschutz.naturschutz-informationen.nrw.de/artenschutz/de/start> (Zugriff Juni 2024).

RMP Stephan Lenzen Landschaftsarchitekten (2020): Neubau Konverterstation Meerbusch-Osterath (Rhein-Kreis-Neuss) – Landschaftspflegerischer Begleitplan. Auftraggeber: Amprion GmbH